

Sabah Alnasseri ■ Dario Azzellini ■ Anne Jung ■ Boris Kanzleiter ■ Thomas Seibert

# Weltordnungskriege und Gewaltökonomien

Analysen & Reportagen  
zur Verwüstung des Sozialen

**Irak** Kriegs- und Enteignungsökonomie

**Kosovo** Kriegswirtschaften ohne Krieg

**Kolumbien** Kriegsmodell im Wandel

**Afrika** Ein Alptraum im Wachzustand



medico international

**ISW** \_\_\_\_\_ **REPORT NR.58**

*institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung münchen e.V.*

Schutzgebühr: 2,50 Euro

## Inhalt

---

Globaler Kapitalismus und globaler Krieg Zur Kritik der Neuen Weltordnung .....	3
Thomas Seibert	
Der Fall Irak. Kriegs- und Enteignungsökonomie als Modus ursprünglicher Akkumulation .....	10
Sabah Alnasseri	
Kriegswirtschaften ohne Krieg Tendenzen des Übergangs in Serbien-Montenegro und Kosovo .....	14
Boris Kanzleiter	
Vom Plan Colombia zum Plan Patriota Das kolumbianische Kriegsmodell im Wandel .....	19
Dario Azzellini	
Ein Alptraum im Wachzustand Zur Transformation afrikanischer Bürgerkriege .....	23
Anne Jung	
Gesundheit, Soziales, Menschenrechte Über medico international .....	26

### Impressum

#### isw-report 58, Juni 2004

Herausgeber: isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.  
– in Zusammenarbeit mit medico international e.V. –  
80639 München, Johann-von-Werth-Str. 3, Tel. 089/130041 Fax: 168 94 15  
email: isw\_muenchen@t-online.de, www.isw-muenchen.de

Konto: Sparda Bank München, Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)  
IBAN: DE49 7009 0500 0000 9834 20, Swift-Code: GENODEF1S04

Redaktion: Frauke Banse und Thomas Seibert  
(Danke an Uli Brand und Aljoscha Kreß)  
Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Fred Schmid

Layout: Monika Ziehaus

Redaktionsschluss: 20. Mai 2004

Druck: Das Freie Buch, München

Schutzgebühr: 2,50 EUR

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Genehmigung des isw e.V.

## editorial

---

Als strategische Stärke der aktuellen globalisierungskritischen und Anti-Kriegs-Bewegungen gilt ihre Fähigkeit, neue politische Räume zu öffnen und darin politische Akteure unterschiedlicher Herkunft zusammenzubringen. Der vorliegende isw-report 58 resultiert aus einer solchen Begegnung und stellt insofern selbst einen solchen Raum bereit, in diesem Fall einen Raum des Lesens und Denkens, der gesellschaftskritischen Reflexion. Die ihm vorausliegende Begegnung aber ergab sich im Rahmen einer politischen Aktion – den Protesten gegen die Münchner NATO-Sicherheitskonferenz in den Jahren 2002 und 2003. Neben einigen anderen Initiativen, Gruppen und Einzelpersonen trafen dabei auch das Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung und medico international zusammen – Organisationen, die bis dahin nur voneinander gehört hatten. Ein Resultat dieses Zusammentreffens ist der vorliegende Report zum inneren Zusammenhang der Weltordnungskriege des globalen Nordens mit den Gewaltökonomien des globalen Südens. Da dieser Zusammenhang in herrschaftsstrategischer Perspektive zweifellos ein Kernthema der Münchner Sicherheitskonferenzen bildet, verstehen das isw und medico international die hier vorgelegten Analysen und Reportagen auch als einen in letzter Konsequenz praktisch gemeinten Beitrag zur fortgesetzten Störung dieser und ähnlicher Konferenzen. Gelingt es, deren Durchführung in München zu verhindern, wächst die Chance, ihre Durchführung auch anderswo unmöglich zu machen. Warum das ein dringliches, in jedem Fall aber politisch und moralisch gerechtfertigtes Ziel ist, können Leserin und Leser den folgenden Beiträgen entnehmen. Deren AutorInnen nahmen übrigens auch an den Münchner Protesten teil.

Die fünf Artikel dieses Heftes gehen dem Zusammenhang von Weltordnungskrieg und Gewaltökonomie in unterschiedlicher Weise und Hinsicht nach. Der einleitende längere Beitrag von Thomas Seibert analysiert den in der Operation Enduring Freedom auch offiziell eröffneten globalen – weil räumlich wie zeitlich entgrenzten – Krieg in seiner Abhängigkeit von der Transformation des gleichermaßen räumlich wie zeitlich entgrenzten globalen Kapitalismus und zielt darin auf eine systematische Kritik der "Neuen Weltordnung". Tatsächlich entfaltet sich kapitalistische Globalisierung in der Form eines unerhörten Paradoxes: während sie einerseits ein erstmals im Vollsinn des Wortes weltgesellschaftliches Verhältnis setzt, das alle besonderen Gesellschaften in einen politökonomischen Zusammenhang einschließt, organisiert sie diesen Zusammenhang andererseits nach einer Dynamik, die überall immer mehr Menschen von der Teilhabe am weltgesellschaftlich produzierten Reichtum ausschließt und dabei täglich dem Tod aussetzt. Darin liegt dann das zweite Paradox kapitalistischer Globalisierung: in ein und derselben Bewegung einen historisch nie gekannten Reichtum und eine historisch nie gekannte Armut zu produzieren. Die innere Spannung dieser Paradoxa wird gewaltsam ausgetragen: in einer zunehmend verwilderten Überlebenskonkurrenz in den Zusammenbruchsregionen des Weltsystems einerseits und der ungeheuren Konzentration hochtechnologischer Destruktionskraft in den Händen der Dominanzmächte des globalen Nordens andererseits. Das lässt die globalisierungskritischen Sozialbewegungen notwendig zu Anti-Kriegs-Bewegungen werden und führt eine Anti-Kriegs-Bewegung, die sich so versteht, zwingend zur Kritik des "integrierten Weltkapitalismus" (Toni Negri).

---

Was der Einleitungsbeitrag in unvermeidlich allgemeiner Form zur Debatte stellt, wird von den folgenden Beiträgen in jeweils bestimmter Hinsicht differenziert. Sabah Alnasseri wendet sich dem Präzedenzfall des Weltordnungskriegs zu, dem Krieg der "Koalition der Willigen" gegen die Menschen des Irak. Dabei beschreibt er das Kriegs- und Besatzungsregime unter Rückgriff auf Marx' Begriff der ursprünglichen Akkumulation als "neoliberale Diktatur", unter der sich das imperiale Heer der Dominanzmächte und die marodierenden Banden lokaler Eliten jeweils ihren Anteil einer Raub- und Enteignungsökonomie sichern.

In seiner Beschreibung der "Tendenzen des Übergangs in Serbien-Montenegro und Kosovo" zeigt Boris Kanzleiter, dass Kriegswirtschaften des globalen Kapitalismus unter bestimmten Umständen auch ohne manifesten Krieg funktionieren. Alnasseri und Kanzleiter legen dabei zugleich frei, was unter "Demokratisierung" – dem in beiden Ländern bzw. beiden Kriegen jedenfalls der Behauptung nach verfolgten Ziel der Nordmächte – näher besehen verstanden werden muss: "die gewaltsame Öffnung und Enteignung des Südens, im Irak und nicht nur dort durchgesetzt durch die territoriale und politische Fraktionierung der Gesellschaft nach kulturellen, religiösen und ethnischen Kriterien." (Alnasseri)

Von "Demokratisierung" ist herrschaftsstrategisch wie herrschaftsrhetorisch auch in Kolumbien die Rede, wo Dario Azzellini im Übergang vom "Plan Colombia" zum "Plan Patriota" die Ökonomie des Paramilitarismus untersucht. Dabei wird anschaulich, wie das Bandenwesen der kolumbianischen Paras nicht anders als das der rackets des Irak und des ehemaligen Jugoslawien kein barbarisches Außen des Kapitalismus, sondern dessen barbarisierte Kehrseite bildet, damit aber auch die Kehrseite des Fortschritts der liberaldemokratischen Zivilisation euro-amerikanischen Zuschnitts.

Dass sich deren blutige Wahrheit noch immer aus der kolonialen Vergangenheit speist, in der der globale Norden die Macht gewann, die er noch heute gegen den Süden ausübt, verdeutlicht zum Abschluss Anne Jung in ihrer Übersicht aktueller Transformationsprozesse afrikanischer Bürgerkriege: ein "Alptraum im Wachzustand".

Es liegt nicht an den AutorInnen dieses Reports, dass sich die geschilderten Aspekte kapitalistischer Globalisierung zu einem Szenario der Grausamkeit verdichten. Dieselbe Globalisierung aber hat, und auch das ist historisch neu, gesellschaftskritischer Reflexion und gesellschaftsverändernder Aktion eine im Vollsinn des Wortes weltgesellschaftliche Dimension verliehen. In der aber kann an jedem Ort der Welt eine andere Globalisierung in Bewegung gesetzt werden, zum Beispiel in München, gegen die Sicherheitskonferenz des Weltordnungskriegs, schon im nächsten Jahr.

Thomas Seibert

## Globaler Kapitalismus und globaler Krieg

### Zur Kritik der Neuen Weltordnung

Das jährlich erscheinende "Konfliktbarometer" des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung notiert 2003 zweihundertachtzehn soziale und politische Auseinandersetzungen, darunter vierzehn flächendeckende Kriege und einundzwanzig "ernste Krisen".<sup>1</sup> Allerdings wurde nur einer davon zwischen souveränen Staaten geführt, der Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak. Genau besehen kann aber auch dieser Krieg nur formal als "klassischer", d.h. als zwischenstaatlicher Krieg gefasst werden, sofern er wie der vorangegangene Krieg gegen Afghanistan Teil der räumlich und zeitlich unbefristet gegen eine unbestimmte Reihe möglicher Gegner geführten "Operation Enduring Freedom" ist, die auf Guantanamo und im Gefängnis Abu Graibh in aller Deutlichkeit vor Augen führt, wessen und welche Freiheit sie wie erkämpfen will.

### Paradigmenwechsel der Kriegsordnung

Das scheint den von Francois Jean/Jean-Christophe Rufin, Michel Ignatieff, Mary Kaldor, Herfried Münkler, Ulrich Menzel, Erhard Eppler u.a. eröffneten Diskurs zu belegen, nach der an die Stelle der zwischen souveränen Nationalstaaten geführten und völkerrechtlich regulierten "alten Kriege" so genannte "neue Kriege" treten, die von unterschiedlichen, oft aber nicht-staatlichen Akteuren ohne rechtliche Kodifizierung geführt werden.<sup>2</sup> Dabei legitimiert der Diskurs der "neuen Kriege" die "humanitären Interventionen" der zur "Völkergemeinschaft" stilisierten "Anti-Terror-Allianz" als ultima ratio des Versuchs, das von der unkontrollierten, vielleicht unkontrollierbaren Gewalt in den Peripherien des kapitalistischen Weltsystems erzeugte Grauen aus der Welt zu schaffen.<sup>3</sup>

Das zentrale Argument dafür liefert deren Einordnung in vorgeblich aus dem Scheitern "robuster Staatlichkeit" resultierende "Staatenzerfallskriege".<sup>4</sup> Befriedung könne deshalb nur durch Wiederherstellung eines staatlichen Gewaltmonopols erreicht werden, notfalls auf dem Weg einer militärischen Intervention und durch Einsetzung einer Protektoratsverwaltung. Genau dazu aber haben

sich – und hier verrät sich das den Diskurs leitende politische Interesse – die dominanten Staaten des kapitalistischen Weltsystems längst ermächtigt, indem sie den Gewaltverhältnissen im globalen Süden seit dem Zweiten Golfkrieg durch eine Serie von "Weltordnungskriegen" (R. Kurz) Herr zu werden versuchen.

Diese Kriege verfolgen in unterschiedlicher Gewichtung vor allem zwei Ziele. Zum einen geht es nach wie vor um den *imperialistischen* Zugriff auf Ressourcen und Arbeitskräfte und dabei insbesondere um die Beugung, notfalls auch Zerschlagung von Staaten, die dem Anspruch der transnationalen Konzerne auf "Privatisierung" und "Liberalisierung", de facto also ihrem Anspruch auf Aneignung vor allem der öffentlichen Güter dieser Länder im Wege stehen. Zum anderen aber geht es um die Durchsetzung eines *imperialen* Gewaltmonopols der Dominanzmächte kapitalistischer Globalisierung. Dessen Kalkül zielt nicht allein auf die Aneignung von Gütern und Arbeitskraft, sondern darüber hinaus auf die Kontrolle und Einhegung der "Gefahren" und "Sicherheitsrisiken", die in den wachsenden Territorien sozialer Verwüstung wiederum vor allem im globalen Süden ausgeglichen werden. Ohne damit politische Großsubjekte zu unterstellen, kann deshalb bündig von einem Krieg des Nordens gegen den Süden gesprochen werden. In diesem Krieg artikuliert der (neo-)liberale Diskurs von Demokratie, Menschenrecht, Zivilität und Freihandel zunehmend einen global ausgespannten Rassismus der Metropolengesellschaften, der sich in einer strukturellen Entgegensetzung von "Zivilisation" und "Barbarei" begründet und sich aktuell primär gegen "den Islam" richtet.

Mehr oder weniger offen operiert gerade die ebenso griffige wie staatsfromme Unterscheidung "alter" und "neuer" Kriege auf der Folie der Entgegensetzung von "Zivilisation" (normativ auf den Menschenrechten aufruhende und "marktwirtschaftlich" prosperierende Liberaldemokratien des Nordens) und "Barbarei" (kriegsherrschaftlich zerfallende und von Korruption und "Unfähigkeit" ausgehöhlte Quasi-Staaten des Südens). Gegen die vorderhand erst einmal nicht zu bestreitende Evidenz

1) vgl. [www.hiik.de](http://www.hiik.de)

2) Vgl. Erhard Eppler, Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt? Die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gewalt, Frankfurt/Main 2002; Michel Ignatieff, Die Zivilisierung des Krieges, Hamburg 2000; Francois Jean/Jean-Christophe Rufin, Ökonomie der Bürgerkriege, München, 1995; Mary Kaldor, Neue und alte Kriege. Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung, Frankfurt/Main 2000; Ulrich Menzel, Paradoxien der neuen Weltordnung, Frankfurt 2004 (im Erscheinen); Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek 2002; Ulrich K. Preuß: Krieg, Verbrechen, Blasphemie. Zum Wandel der bewaffneten Gewalt, Berlin 2002.

3) Der vorliegende Beitrag kritisiert den Diskurs der "neuen Kriege" aus einer historisch-materialistischen Perspektive, die Kriege und Kriegsordnungen in den Zusammenhang der Reproduktion kapitalistischer Herrschaft setzt. Zugänge zu einer solchen Perspektive eröffnen Michael Hardt/Toni Negri, Empire. Die neue Weltordnung, Frankfurt 2002; Robert Kurz, Weltordnungskrieg. Das Ende der Souveränität und die Wandlungen des Imperialismus im Zeitalter der Globalisierung, Bad Honnef 2003; Karlheinz Roth, Perspektiven von oben – Gegenperspektiven von unten. Überlegungen zu Agenda 2010 und globalem Akkumulationsregime. In: analyse + kritik 482/2004; Immanuel Wallerstein, Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien, 2002; Immanuel Wallerstein, Auftakt zur globalen Anarchie. In: Prokla 133/2003, Imperialistische Globalisierung sowie Moe Hiermeier, Schwanengesänge der alten Ordnung? Die Zukunft des Kapitalismus – Ein Überblick über aktuelle Debatten. In: Fantômas 5/2004, Staat und Autonomie.

4) Herfried Münkler im Interview mit Eberhard Sens, Lettre International 14, Winter 2002, S. 14ff.

von "Kriegen neuen Typs" ist zunächst der einfache Sachverhalt ins Feld zu führen, dass die Konstruktion einer linearen Abfolge historischer Kriegoordnungen von den nomadisierenden Heeren des Mittelalters zu den regulären Armeen des modernen Nationalstaats die wirklichen Verhältnisse nicht erst heute, sondern immer schon idealisiert hat.<sup>5</sup> Schon früher waren Kriege zugleich mehr und anderes als vom Völkerrecht eingegrenzte Waffengänge zwischen den regulären Armeen territorial voneinander getrennter und zweckrationalen Kalkülen folgender Staaten. Das fängt schon damit an, dass die reguläre Armee in ihrer historischen Genese gar nicht als Institution des modernen Nationalstaats begriffen werden kann, weil sie selbst eines der Elemente ist, aus denen dieser allererst entstand. Doch auch später konnten mit solchen Armeen geführte Kriege nie nur nach dem zweckrationalen Kalkül der Krieg führenden Souveränität analysiert werden. So verwies schon Marx darauf, dass die Funktion des Krieges im Kapitalismus nicht nur in der Eroberung und Aneignung fremder Territorien und ihrer Märkte, Rohstoffe und Arbeitskraft, sondern auch in der als solche gerade nicht intendierten systematischen Kapitalvernichtung besteht, mit der Überproduktionskrisen faktisch gelöst wurden. Deshalb können die den "neuen Kriegen" zugeschriebenen Phänomene schon in der Mehrzahl der "alten" aufgewiesen werden: die Missachtung des Unterschieds zwischen Kombattanten und Zivilisten und die flächendeckende Zerstörung der ökonomischen Infrastruktur, das Ko-agieren staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, extreme Asymmetrien zwischen den Krieg führenden Parteien, die Aktion in entstaatlichten Räumen, die Entgrenzung von jeder juristischen und politischen Kodifikation und die Überdetermination durch Ethnizismus, Rassismus oder "Fundamentalismus". Das gilt auch und gerade für die beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts und hier besonders für den nationalsozialistischen Eroberungskrieg, in dem der eliminatorische Antisemitismus der NS-Herrschaft die zugleich verfolgten zweckrationalen Kalküle massiv einschränkte.

Die Unterscheidung "alter" und "neuer" Kriege ist aber auch im Hinblick auf die anti- und postkolonialen Befreiungskriege kaum zu halten, in denen sich ebenfalls sämtliche Phänomene finden, die den Unterschied selbst allererst begründen sollen.

## Die heißen Kriege im Kalten Krieg und der Mai 68

Im Diskurs der "neuen Kriege" schließt das Ende der Blockkonfrontation den Übergang von den klassischen zu den postklassischen Kriegen ab. Tatsächlich aber geht im Epochenbruch von 1989 zunächst einmal ein Krieg zuende, der weder ein klassischer noch ein postklassischer Krieg war: der "Kalte Krieg" zwischen den USA, der UdSSR und ihren Alliierten. Unmittelbar mit dem Ende des II. Weltkriegs einsetzend, ordnete er die bis dahin immer auch militärisch ausagierte multipolare Konkurrenz einzelner Nationalstaaten der im Weltmaßstab ausgetragenen bipolaren Konkurrenz eines US-amerikanisch

und eines sowjetisch dominierten Staatenblocks unter. Damit waren klassische zwischenstaatliche Kriege sowohl innerhalb wie zwischen den Blöcken de facto unmöglich geworden und fortan auf Staaten beschränkt, die keinem der beiden Blöcke angehörten. Gegenstand der Konkurrenz waren jetzt nur noch sehr bedingt nationalstaatliche Einflusszonen bzw. Besatzungs-, Kolonisierungs- und Expansionsbestrebungen, sondern die in den beiden Blöcken herrschenden Formen kapitalistischer Reproduktion selbst, die als monopolkapitalistische pax americana bzw. staatskapitalistische pax sovietica zugleich Friedens- und Kriegoordnungen waren.

Sofern es sich nicht – wie etwa im französisch-algerischen bzw. französisch-vietnamesischen Krieg oder in den Kriegen Portugals in Angola, Guinea und Mosambik – um späte Kolonialkonflikte handelte, wurden bewaffnete Konflikte in der Epoche der Systemkonkurrenz vornehmlich um die (Re-)Integration bzw. Expansion der beiden Blöcke geführt, als Kriege nach innen (Ungarn 1956, CSSR 1968, diverse US-Interventionen v.a. in Lateinamerika) oder als maßgeblich von anti- oder postkolonialistischen Guerillabewegungen geführte "Stellvertreterkriege". Funktionalisierte der sowjetisch dominierte Block die Guerilla, stützte sich der Westen auf die von ihr bekämpften kolonialen und postkolonialen Diktaturen und eine oft aus Söldnern zusammengesetzte Konterguerilla, deren Vorgehen damals bereits dem der "Rebelbewegungen" der "neuen Kriege" ähnelte.

Doch obwohl Guerilla wie Konterguerilla sowie die von den einen wie den anderen etablierten Regime strukturell von der Alimentierung durch die hinter ihnen stehenden Blöcke abhängig waren, gingen die von ihnen geführten Kriege in ihrer Funktionalität für die Blockkonfrontation nicht auf. Wo immer die von der Guerilla militärisch zugespitzten Revolten bzw. die aus solchen Revolten hervorgegangenen Regierungen über ihre Instrumentalisierung hinaustrieben, öffneten sich Möglichkeiten der Bildung einer sich von der Logik der Systemkonkurrenz befreienden und wenigstens tendenziell zur Reproduktion (monopol- oder staats-)kapitalistischer Herrschaft antagonistischen Kraft. Sofern gerade solche, in ihrem Potenzial gar nicht entfaltete Tendenzen an der Übermächtigkeit der Blockkonfrontation scheiterten, wurde die über sie hinwegschreitende Reproduktion des Kapitalismus nicht nur innerhalb, sondern auch mittels der Blockkonfrontation durchgesetzt. Dies galt natürlich auch im Innern der jeweiligen Blöcke, in denen der Kalte Krieg zur Verfestigung der ideologischen Hegemonie und der Reintegration oppositioneller Milieus in das jeweilige System benutzt wurde.

In den 60er Jahren nahm die Funktionalität der Systemkonkurrenz für die Reproduktion kapitalistischer Herrschaft allerdings fortlaufend ab. In die Krise gerieten dabei nicht bloß einzelne Regulations- und Repräsentationsformen des "realen Sozialismus" bzw. der liberalen Demokratie, sondern die auf großindustrieller Massenproduktion aufruhende und insofern beiden Systemen zugrunde liegende "fordistische" Vergesellschaftsformation selbst. Als sich um den Mai 1968 herum die Möglichkeit einer gegenseitigen Verstärkung und Durchdringung der anti- und postkolonialen Befreiungskriege mit

5) Phase 2 Berlin, Wer vom Krieg für sich redet, sollte vom Krieg an sich schweigen. In: Phase 2 Nr. 07/03, S. 14ff.

den sprunghaft ansteigenden Sozial- und Kulturrevolten in den westlichen und östlichen Staaten abzeichnete, war die Fortdauer sowohl der staats- wie monopolkapitalistischen Herrschaft ernsthaft gefährdet.

Auf die stete Verschärfung der Krise antwortete das westliche Kapital mit einer auf den systematischen Einsatz informationstechnologischer Produktivkräfte gestützten Transformation seiner Vergesellschaftung. Gleichzeitig erhöhte die vor allem vom Militärisch-Industriellen Komplex der USA angetriebene und mit einer massiven Aufrüstung einhergehende Intensivierung der Systemkonkurrenz den Druck auf den sowjetischen Block und führte schließlich – verstärkt durch den Massenexodus einer nach Millionen zählenden Migrationsbewegung – zum Bankrott der staatskapitalistischen Länder. Dem Sturz ihrer osteuropäischen Alliierten folgte die Auflösung der UdSSR, der Zusammenbruch der von ihr abhängigen Entwicklungsstaaten des globalen Südens und die Niederlage der letzten anti- bzw. postkolonialen Befreiungsbewegungen auf dem Fuß. Der Kalte Krieg war zuende und die unter seiner Bedingung geführten heißen Kriege begannen, zu anderen, zu "neuen" Kriegen zu werden: zu Kriegen, deren Kontext jetzt der "postfordistisch" transformierte Kapitalismus bildet.

## Der postfordistische Übergang und die "Neue Weltordnung"

Anfang der 90er Jahre wurden die ehemals sowjetisch dominierten Länder und die an sie angelehnten Entwicklungsstaaten des Südens einem erstmals wirklich global ausgedehnten Kapitalismus eingeordnet, in dem die Finanz-, Waren- und Wissensströme tendenziell von allen nationalstaatlichen Begrenzungen freigesetzt und zugleich der Regulation eines Netzes supranationaler Institutionen (NATO, OECD, IWF, Weltbank) unterworfen wurden. Mit der Schaffung globaler Wertschöpfungsketten kam es zu einer weltumspannenden Restrukturierung der Arbeitsteilung, in der der Erste Sektor der Landwirtschaft und der Rohstoffgewinnung und der bislang führende Zweite Sektor der fordistischen Industrieproduktion unter die Dominanz des Dritten Sektors der – im weitesten Sinn des Wortes – "immateriellen" Dienstleistungen geriet.<sup>6</sup> Mit der damit einhergehenden systematischen Entwertung bzw. Außer-Wert-Setzung der landwirtschaftlichen, rohstoffgewinnenden und industriellen Arbeitskraft zerbrach der schon seit Beginn der "Schuldenkrise" Anfang der 80er Jahre hinfällige Mythos der "nachholenden Entwicklung", der der staatskapitalistischen Zweiten das letztendliche "Überholen" und den Entwicklungsstaaten der Dritten den zukünftigen Anschluss an den in der monopolkapitalistischen Ersten Welt herrschenden Fordismus versprochen hatte.

Tatsächlich führte der Einschluss in das postfordistische Weltssystem zum systematischen Ausschluss einer nach Millionen zählenden und täglich wachsenden "Überschuss-

bevölkerung" aus jeder Entwicklungsperspektive. Binnen weniger Jahre kam es im Süden wie im Osten zur flächendeckenden Verelendung ganzer Gesellschaften, zur Desintegration ihres politisch-ökonomischen Systems und zu einer Massenmigration von mittlerweile 150 Millionen Menschen – drei Prozent der Weltbevölkerung und 30 Millionen mehr als noch 1990.<sup>7</sup> Nach Schätzungen des Genfer UNO-Sozialgipfels des Jahres 2000 müssen mehr als 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als einem Dollar täglich auskommen. Die Kaufkraft eines durchschnittlichen lateinamerikanischen Gehalts liegt mittlerweile um 27 % niedriger als 1980, wobei sich 40 % des Bruttosozialprodukts in der Hand von 1 % der Bevölkerung konzentrieren – Tendenz drastisch steigend. In Asien und Afrika ist die Lage z.T. noch dramatischer. Insgesamt liegt der Anteil der ärmsten 20 % der Weltbevölkerung an Produktion, Auslandsinvestitionen, Export und Kommunikation mittlerweile bei unter 1 %, während der Anteil der reichsten 20 % der Weltbevölkerung bei 70–90 % liegt. 70 % der weltweiten Investitionen und des Welthandels werden von den 200 größten transnationalen Konzernen kontrolliert. Diese Entwicklung findet ihre letzte statistische Konkretion in der durchschnittlichen Lebenserwartung. Während sie zwischen 1975 und 1997 in den 31 reichsten Ländern der Welt um ein Fünftel gestiegen ist, fiel sie im selben Zeitraum in 18 Ländern der Welt, und zwar in 10 Ländern Afrikas und 8 Ländern der ehemaligen Sowjetunion bzw. Osteuropas. Am drastischsten fällt diese Entwicklung in Afrika aus, wo die durchschnittliche Lebenserwartung in Botswana von 52 auf 47, in Simbabwe von 51 auf 44, in Sambia von 47 auf 40 Jahre gesunken ist.<sup>8</sup>

Die Asymmetrie im globalen Machtgefüge reguliert sich dabei vor allem über die Verschuldung der Entwicklungsstaaten gegenüber staatlichen wie nicht-staatlichen Akteuren des Nordens. Auch hier lässt sich die Dynamik der Verelendung statistisch belegen: lagen die Schulden der Entwicklungsstaaten des Südens im Jahr 1970 noch unter 100 Milliarden Dollar, waren sie im Jahr 1998 auf 2.465 Milliarden Dollar angestiegen. Da allein der Schuldendienst oftmals zwischen 30 % und 50 % ihrer Staatsbudgets frisst, sind die Entwicklungsstaaten fortlaufend auf neue Kredite angewiesen, wenn sie ein Minimum an Handlungs- und Planungssouveränität bewahren wollen. Der dominante Staatenblock und der von ihm kontrollierte IWF aber binden neue Kredite an "Strukturanpassungsprogramme", die die Entwicklungsstaaten zum fortlaufenden Abbau ihrer sozialstaatlichen Einrichtungen und zugleich zum Ausverkauf der Filetstücke ihrer Nationalökonomien an die transnationalen Konzerne zwingen. Dabei handelt es sich nicht nur um Unternehmen des Ersten und Zweiten Sektors, sondern auch und gerade um die in vielen Fällen staatlich oder gesellschaftlich verwalteten Sektoren der öffentlichen Dienste (Gesundheit, Bildung, Kommunikation) und der Versorgung mit Wasser und Energie, mithin um die räuberische Enteignung ganzer Gesellschaften zugunsten transnational operierender Konzerne der Metropolen.

6) Um ein immer wiederkehrendes Missverständnis auszuschließen sei an dieser Stelle ausdrücklich vermerkt, dass die für den Postfordismus bestimmende Dominanz des Dritten Sektors eine qualitative, keine quantitative ist: während der Umfang der im Ersten und Zweiten Sektor verrichteten "materiellen" (güterproduzierenden bzw. rohstoffgewinnenden) Arbeit nach wie vor die im Dritten Sektor verrichtete "immaterielle" (Dienstleistungen produzierende) Arbeit übersteigt, gibt letztere dennoch den Rahmen vor, in dem erstere verrichtet und verwertet wird.

7) World Migration Report 2000, [www.iom.int](http://www.iom.int)

8) Der dramatische Rückgang der Lebenserwartung im südlichen Afrika hängt zu einem wesentlichen Teil an der Ausbreitung der AIDS-Erkrankung, die nur vermittelt als Resultat der Globalisierung des Postfordismus analysiert werden kann. Trotz dieses nicht unerheblichen Vorbehalts bleiben die Zahlen aussagekräftig, wozu übrigens gehört, dass sich ein ähnliches Sinken der durchschnittlichen Lebenserwartung auch in den Slums US-amerikanischer Großstädte feststellen lässt.

Im Rahmen der globalisierten postfordistischen Arbeitsteilung greifen die systematische Entwertung bzw. Außer-Wert-Setzung der Arbeitskraft und die private Aneignung der öffentlichen Güter schließlich auch auf die Metropolen des Nordens über. Damit löst sich der Unterschied von Metropole und Peripherie tendenziell von der territorialen Nord-Süd- bzw. West-Ost-Spaltung ab und reproduziert sich in deterritorialisierter Form zwischen und in den Staaten, zwischen inner- und überstaatlichen Regionen, zwischen Stadt und Land, in den Städten und zuletzt zwischen den Individuen selbst: unübersichtlicher und zugleich schärfer als je zuvor, in einer weltumspannenden sozialen Apartheid. Die Vierte Welt der vollständig Marginalisierten ist als in jeder Weltregion anzutreffende Grenze allerdings kein Außerhalb des globalen Kapitalismus, sondern dessen barbarisierte Rückseite. Sie ist darin aber, um hier jedes Missverständnis auszuschließen, gerade nicht der Beleg außer- oder antizivilisatorischer "Barbarei", sondern gar nichts anderes als die für eine wachsende Zahl von Menschen im unmittelbaren Wortsinn tödliche Wahrheit der kapitalistischen, und das heißt noch immer primär euro-amerikanischen "Zivilisation". Sie ist zugleich der nur bedingt territorial aufzufassende Raum, in dem tatsächlich von "neuen Kriegen" gesprochen werden kann.

## Ökonomie des sozialen Kriegs

Weil der Zusammenbruch der Entwicklungsstaaten nirgendwo drastischer ausfällt als in Afrika, dienen neben der globalen "Hauptgefahr" des "islamistischen Terrorismus" die afrikanischen Verhältnisse als zentrale Referenz des Diskurses der "neuen Kriege" und des mit ihm verbundenen Journalismus. Immer wieder berichten die Massenmedien über großflächige ethnische Säuberungen und scheinbar grund- und ziellose Massaker im Rahmen zahlloser Auseinandersetzungen etwa in Angola, Äthiopien/Eritrea, Kongo, Ruanda, Somalia, Sudan, Sierra Leone. Erklärt wird dies durch ein weit verbreitetes ethnizistisches bzw. rassistisches Deutungsmuster, nach dem unterschiedliche ethnische Gruppen in der Enge eines einzelnen Nationalstaats eben nicht miteinander "könnten" und deshalb früher oder später übereinander herfallen müssten.

Tatsächlich aber resultiert die afrikanische Krise nicht aus einer quasi naturwüchsig ausbrechenden ethnizistischen Gewalt und einem von ihr bewirkten "Staatszerfall": beide Phänomene sind vielmehr selbst schon Folgerscheinungen der besonderen Geschichte der Dekolonisierung Afrikas, die ihrer ideologischen Ausrichtung auf "nachholende Entwicklung" nie entsprechen konnte. So haben die afrikanischen Entwicklungsstaaten zu keiner Zeit die Souveränität etwa der lateinamerikanischen Staaten erreicht, ihr Kern waren von vorne herein Armee und Polizei, deren Offizierskorps größtenteils aus den kolonialen Machtapparaten stammten. Formell unabhängig geworden, zielte die Politik der Staatseliten auf die private Aneignung der Erträge der Exportwirtschaft. Extraprofite verschafften sie sich durch planmäßige Ausnutzung der strategischen Rivalitäten der Blockkonfrontation; die dabei eingeworbenen Ressourcen kamen wiederum ihrem Privatvermögen sowie den Apparaten von Militär und Polizei zugute. Um sich ein Mindestmaß an politischer

Legitimation zu verschaffen, etablierten sie ein nach Clanzugehörigkeit ausgerichtetes klientelistisches Versorgungssystem. Da andere staatliche Institutionen kaum ausgebildet wurden, blieben die lokalen Strukturen der Clangesellschaft die einzig verlässliche Ressource für Vertrauen, Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Insofern blieb der afrikanische Entwicklungsstaat gegenüber der eigenen Bevölkerung eine allein im Partikularinteresse der Eliten agierende Partei, die sich kaum auf eine in sozialstaatlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen stabilisierte Massenloyalität stützen konnte.

Mit dem Ende der Blockkonfrontation und der postfordistischen Restrukturierung der globalen Arbeitsteilung sackte dieses "Entwicklungsmodell" in sich zusammen. Im Kampf um die Restressourcen ihrer heruntergewirtschafteten Länder spalteten sich die Führungseliten und nahmen die eigene Bevölkerung zur Geisel und zugleich zur Fußtruppe ihrer Überlebenskonkurrenz. Stellt der bankrotte Entwicklungsstaat die Soldzahlungen an Militär und Polizei ein, versorgen sich die Truppen durch marodierende Überfälle auf die Bevölkerung, wobei einzelne Warlords in ihren Gebieten teilweise offen sklavenhalterische Produktionsregime errichten. Da in vielen afrikanischen Ländern mehr als die Hälfte aller Jugendlichen erwerbslos sind, brauchen sich weder die regulären noch die irregulären Truppen um Zulauf Sorgen zu machen: der Dienst in der Armee oder in den Banden der Warlords ist für große Teile der männlichen Bevölkerung die einzige Verdienstquelle – und zwar gleichgültig, ob der Erwerb aus Soldzahlungen oder aus unmittelbarem Raub stammt. Zwischen diesen mehr als unübersichtlichen Fronten kommt privaten Söldnerarmeen als einer auf eigene Rechnung operierenden Partei eine immer wichtigere Rolle zu.

Mit der fortschreitenden Zerstörung der Vorkriegsverhältnisse werden die räuberische Aneignung der Mittel des Überlebens und damit verbunden die räuberische Aneignung von Frauen zur Grundlage der gesellschaftlichen Reproduktion. Das aber heißt: Der Krieg ist in vielen afrikanischen Gesellschaften nicht mehr die irreguläre Unterbrechung der mehr oder minder friedlichen Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens, sondern eine eigengesetzlich regulierte und auf ihre eigene Reproduktion ausgerichtete Ökonomie geworden. Bei allen – oftmals erheblichen – Unterschieden im Einzelfall sind Ökonomien des sozialen Kriegs auch in Asien und Lateinamerika, in den "Transformationsstaaten" des einstmals sowjetisch dominierten Blocks und – last but not least – in den Zusammenbruchsregionen der Metropolen die materielle Wahrheit der "neuen Kriege". Nicht immer wird ihre Dynamik von manifesten militärischen Auseinandersetzungen bestimmt, in vielen Fällen verharrt ihre Gewaltform auf dem Niveau des Bandenwesens bzw. des Gangstertums. Auch ist der Übergang zur offenen Kriegsökonomie keineswegs irreversibel: kommt es auf inneren oder äußeren Druck zum Waffenstillstand, markieren die im Krieg erreichten Machtverhältnisse die Ausgangspositionen einer "Friedensordnung", in der Kriegsherren zu regulären Gouverneuren, Ministern und Präsidenten werden. Fließende Übergänge bestehen darüber hinaus zur Ökonomie der organisierten Kriminalität und natürlich zu den vielfältigen Ausprägungen der informellen sowie der Migrationsökonomie. Dass diese Ökonomien allesamt kein Außerhalb des gegenwärtigen Kapitalis-



mus, sondern dessen barbarisierte Rückseite bilden, konkretisiert sich in ihren zahllosen Verflechtungen mit der regulären Weltökonomie und variiert dergestalt den für den Kapitalismus insgesamt geltenden Sachverhalt einer historisch stetig wechselnden Kombination kapitalistischer und nicht-kapitalistischer Produktionsweisen. Das gilt auch und gerade für die Netzwerke des "islamistischen Terrors", deren Aktivisten sich ja gerade nicht aus der marginalisierten Armut der Vierten Welt, sondern aus den technischen und ökonomischen Eliten ihrer Gesellschaften rekrutieren. Dafür steht kein geringerer als Usama bin Laden selbst, der von den eigenen wie von den Propagandisten der Anti-Terror-Koalition zwar zum Propheten einer archaischen Kriegsmaschine stilisiert wird, tatsächlich aber, mit Marx gesprochen, eine Charaktermaske des globalisierten Kapitalismus ist.

## Das imperiale Gewaltmonopol

Verdichtet sich in den Ökonomien des sozialen Krieges der Postfordismus des globalen Südens, so kulminiert der des globalen Nordens in der gegenwärtig im Irak exekutierten "Operation Enduring Freedom". Die auf allen Seiten wirksame Wahrnehmung ihres Zusammenhangs durch rassistische, nationalistische, ethnizistische bzw. "fundamentalistische" Ideologien resultiert dabei weniger aus überkommenen ethnischen oder religiösen Bindungen als aus der tief greifenden Entwertung im weitesten Sinn sozialistischer und der gleichzeitigen Aushöhlung liberaldemokratischer Ideologien im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus. Die Verschiebungen des ideologischen Feldes reflektieren das Ende des Mythos von der "nachholenden Entwicklung" und zugleich die Auflösung der metropolitanen Klassenkompromisse.

Deshalb agieren die Staaten des Nordens auch eher als Dominanz- denn als Hegemonialmächte des Weltsystems: beruht Hegemonie auf einer in ideologischer Einbindung hergestellten Massenloyalität, gründet Dominanz allein auf überlegener Gewalt, gegenwärtig auf der strukturellen Unbesiegbarkeit der USA. Dem entspricht, dass das ideologische Projekt der Dominanzmächte des Postfordismus ausschließlich und unmittelbar auf die Einrichtung und Durchsetzung eines imperialen, d.h. auf umfassende "Weltordnung" ausgreifenden Gewaltmonopols zielt, das kaum mehr in Entwicklungs-, Fortschritts- und Partizipationsversprechen, sondern vor allem in den Bedrohungsszenarien des "Krisenprävention", des "Konfliktmanagements" und des Antiterrorismus begründet wird.

Die Charta dieses Gewaltmonopols findet sich im "Neuen Strategischen Konzept", das die NATO anlässlich ihres 50. Jahrestags im April 1999 offiziell zum Statut des Bündnisses erhoben hat. Darin gehen die Dominanzmächte von einem "breiten Spektrum militärischer und nichtmilitärischer Risiken" aus, "die aus vielen Richtungen kommen und oft schwer vorherzusagen sind." Dazu gehören: "Ungewissheit und Instabilität im und um den euro-atlantischen Raum sowie die mögliche Entstehung regionaler Krisen an der Peripherie des Bündnisses. (...),

ethnische und religiöse Rivalitäten, Gebietsstreitigkeiten, unzureichende oder fehlgeschlagene Reformbemühungen, die Verletzung von Menschenrechten und die Auflösung von Staaten (...). Sicherheitsinteressen des Bündnisses können von anderen Risiken umfassender Natur berührt werden, einschließlich Akte des Terrorismus, der Sabotage und des organisierten Verbrechens sowie der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen. Die unkontrollierte Bewegung einer großen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte, kann ebenfalls Probleme für die Sicherheit und Stabilität des Bündnisses aufwerfen." Dieses wahrhaft globale Bedrohungsszenario erfordert deshalb "militärische Fähigkeiten, die für das gesamte Spektrum vorhersehbarer Umstände wirksam sind." <sup>9</sup> Hinfällig wird damit der § 5 des NATO-Vertrags, der das Bündnis auf den gegenseitigen Beistand im Fall eines militärischen Angriffs auf einen Bündnispartner beschränkte. Jetzt stehen sog. "Non-article 5 missions" gleichberechtigt neben der "Bündnisverteidigung", und zwar ganz ausdrücklich auch ohne Deckung durch die UNO oder die OSZE.

So wenig diese umfassende Ermächtigung nach ihrem Selbstverständnis interpretiert werden darf – als Pflicht zur "humanitären Intervention" im Namen der Menschenrechte – so wenig kann sie allein nach der klassischen Imperialismustheorie ausgelegt werden.

Die "Operation Enduring Freedom" folgt zwar immer auch – wie im Irak augenfällig unter Beweis gestellt – handfesten ökonomischen Kalkülen, die sich unmittelbar auf das Interesse bestimmter Kapitalfraktionen, mittelbar auf ökonomisch und politisch begründete geostrategische Interessen und darin auf innerimperialistische Konkurrenzen zwischen den Dominanzmächten des Nordens zurückführen lassen. Sie artikuliert aber auch einen alle Dominanzmächte strukturell zusammenführenden "Sicherheits- und Ausgrenzungsimperialismus", dessen Einsatz Robert Kurz wie folgt auf den Punkt bringt: "Nicht Eroberung und Eingemeindung wird angestrebt, um sich bestimmte Ressourcen (schon gar nicht menschliche) unter den Nagel zu reißen. Im Gegenteil bezieht sich die strategische Orientierung darauf, dem System die als bedrohlich erlebte ungeheure Massierung der 'Überflüssigen' in der Peripherie vom Leib zu halten. Die von der universellen Marktwirtschaft selbst erzeugten Katastrophen sollen möglichst draußen bleiben. Von diesem Standpunkt aus müssen die Flüchtlingsströme vor den westlichen Grenzen gestoppt und die Zusammenbruchregionen auf Elendsniveau 'befriedet' werden. Das implizite Ziel kann nur eine weltregional gestaffelte Ausgrenzungshierarchie sein, die von einigen wenigen an NATO und EU assoziierten Ländern (etwa vom Typus Ungarn) über einen Gürtel von Satrapen- und Operettenstaaten (etwa vom Typus Kroatien) bis zu völlig unselbständigen, von internationalen Organisationen oder Bandenkriegern 'verwalteten' Protektoraten und 'Homelands' (etwa vom Typus Kosovo) reichen und die gleichzeitig eine Verelendungshierarchie bilden." <sup>10</sup>

Dem entspricht dann auch die eher polizeiliche als klassisch militärische Form der auf den Zweiten Golfkrieg folgenden (1991) Weltordnungskriege, die bis zum Drit-

9) Das strategische Konzept des Bündnisses. <http://www.nato.int/docu/pr/1999/p99-065d.htm>.

10) Robert Kurz, jungle world 19/1999.

ten Golfkrieg eher nach dem Muster einer Razzia verließen, in der die Polizei ein von Gangstern beherrschtes Stadtviertel "aufmischt". In einer solchen Aktion geht es gar nicht darum, das betreffende Gebiet dauerhaft von den Gangstern zu säubern, um seinen BewohnerInnen langfristig "Ordnung", "Sicherheit" und "Zivilität" zu bringen. Ziel ist zunächst einmal die Sistierung der Elendsbevölkerung im eigenen Quartier, d.h. die territoriale Abschottung der Wohnviertel der middle und upper class bzw. – im Weltmaßstab gesehen – der noch prosperierenden Weltregionen. Zugleich soll demonstrativ klargestellt werden, wer ein "anständiger Bürger" und wer ein "Schurke" ist und wo die Grenzen dessen liegen, was toleriert wird und was nicht. Dass als Folge der extrem asymmetrischen Kriegführung der Warlordismus intensiviert wird und Warlords – wie jüngst in Afghanistan geschehen – direkt in die imperiale Kontrolle eingebunden werden, steht dazu nicht im Widerspruch: hier schließt das imperiale Gewaltmonopol unmittelbar an die Funktionalisierung der Konterguerilla im "Stellvertreterkrieg" an. Dasselbe ereignet sich in der gezielten Paramilitarisierung sozialer Konflikte wie beispielsweise in Kolumbien, wo die warlordistischen Paras von den lokalen und nationalen Eliten in Zusammenarbeit mit den USA allererst aufgestellt werden mussten, um die soziale Rebellion in den Griff zu bekommen. Die nunmehr kontrollierte Fortdauer, im Einzelfall sogar die Steigerung von Verelendung, Entrechtung und extremer Gewalt werden dabei bewusst in Kauf genommen: eben weil es immer weniger um die planmäßige Beseitigung von "Untereentwicklung" sondern primär um die Kontrolle einer "Überschussbevölkerung" geht, der das Weltssystem gar nichts anderes mehr anzubieten hat. Die "Marschallpläne", die gleichwohl für Afrika, den Balkan oder den Mittleren und Nahen Osten aufgestellt werden, sind zwar auch von konkreten ökonomischen Kalkülen bestimmt. Die aber folgen allein den Verwertungsimperativen eines deterritorialisierten Kapitals, das die postfordistische Verelendungs- und Ausgrenzungsdynamik gar nicht mehr bremsen kann, weil es sie zur strukturellen Voraussetzung hat.

Die globale Geopolitik ist nun allerdings von inneren Spaltungen bedroht, nach denen die imperiale Einheit der Dominanzmächte in eine aus den USA, der EU und Japan gebildete "Triade" zerfällt. Zwar sind die Metropolenstaaten zur Sicherung ihrer nur gemeinsam durchzusetzenden Dominanz aufeinander angewiesen, doch setzt ihre Abhängigkeit voneinander ihre interne Konkurrenz nicht aus. Die aber kann nicht mehr nur als eine innerimperialistische, sondern muss zugleich und genauer als eine innerimperiale Konkurrenz analysiert werden. Bestimmt erstere das Verhältnis zwischen den einzelnen Alliierten, wird in letzterer die Form der Einrichtung, Durchsetzung und Ausübung des imperialen Gewaltmonopols selbst ausgefochten. So ging es im anlässlich des Kriegs im Irak zwischen seinem amerikanischen und seinem "alteuropäischen" Pol aufgebrochenen Konflikt gar nicht um die Notwendigkeit eines im Kern selbstmandatierten globalen Kontrollregimes der Dominanzmächte, im Gegenteil: das Recht zum eigenmächtigen militärischen Zugriff unter Umgehung der UNO wird im "Neuen Strategischen Konzept" der NATO ja ausdrücklich in Anspruch genommen und auch von den EU-Staaten nicht in Frage gestellt. Strittig ist allein, ob solche Interventio-

nen multilateral abgestimmt werden müssen oder von der Führungsmacht USA auch unilateral ohne Zustimmung der Alliierten durchgeführt werden dürfen. Strittig ist auch, inwieweit und welche arabischen Eliten ins imperiale Gefüge eingebunden und wie der objektiven Gefahr einer panarabisch-islamistischen Massenrevolte begegnet werden soll, die in dem Maße wachsen wird, wie sie der Kontrolle dieser Eliten entgleitet. Sieht man von jederzeit möglichen katastrophischen Entwicklungen – etwa einem nicht auszuschließendem innerimperialen Krieg – ab, spricht vieles dafür, dass die Bush-Administration trotz ihrer militärischen Überlegenheit scheitern wird und die USA sich mit der EU auf eine Politik einigen werden, die den strukturellen Erfordernissen des gemeinsamen Empire eher genügt. Eine solche – vielleicht erst von einer anderen US-Administration realisierbare – Einigung wird allerdings weder die innerimperialistische noch die innerimperiale Konkurrenz beseitigen: sie wird lediglich ein anderes Regime installieren, um trennende wie gemeinsame Interessen effektiver zu moderieren. Von strukturellen Erfordernissen des Empire zu reden heißt allerdings lediglich, Tendenzen auszumachen: heißt eben nicht, jederzeit umkämpfte Politiken aus systemischen Funktionsimperativen abzuleiten. Damit kommen dann auch die Grenzen des Imperiums in den Blick, bei denen es sich weniger um territoriale als um solche des sozialen Antagonismus handelt.

## Die Grenzen des Imperiums

Dem Überfall der amerikanisch-britischen Militärmaschinerie auf den Irak gingen in Form und Ausmaß historisch einmalige Anti-Kriegs-Proteste voraus, an denen sich allein am weltweiten Aktionstag des 15. Februar 2003 über elf Millionen Menschen beteiligten. Damit war erneut unter Beweis gestellt, dass der seit Mitte der 90er Jahre stetig anwachsende Widerstand gegen den globalen Postfordismus auch durch die imperiale Machtdemonstration nicht gebrochen werden konnte, die im ungeheuren Truppenaufmarsch am Golf zur materiellen Gewalt geworden war. Sofern die Mobilisierung für den globalen Anti-Kriegs-Tag entscheidend auf das im November 2002 in Florenz zusammengetretene Europäische Sozialforum zurückging, erwies sich das dort initiierte Bündnis der sog. "globalisierungskritischen" mit der Friedensbewegung tatsächlich als eine soziale Kraft von weltumspannender gesellschaftlicher Relevanz. Dabei spielten die DemonstrantInnen des 15. Februar die Macht aus, über die sie jetzt bereits verfügen: die erste soziale Bewegung der Geschichte zu sein, die in der politischen Form der Internationale nicht erst ihr Ziel, sondern bereits ihren Ausgangspunkt hat.

Trotzdem ist die "Bewegung der Bewegungen" weit davon entfernt, die herrschende Weltordnung materiell in Frage stellen zu können. Das hängt zum einen daran, dass sie einer Formation des Kapitalismus entgegengesetzt ist, die aus einer umfassenden Delegitimierung aller ihr vorangegangenen Kräfte antikapitalistischer Opposition hervorgegangen ist und sich ideologisch deshalb von Anfang an auf den Mythos eines "Endes der Geschichte" gegründet hat. Die globalisierungskritische Bewegung ist deshalb von einem eigentümlichen Erfahrungsverlust gezeichnet, nach dem ihr die eigene Ge-

schichte nur in der Deutung der vermeintlichen Sieger vertraut ist. Die nutzen den Vorsprung im ideologischen Kampf, in dem sie das selbstproklamierte "Ende der Geschichte" unversehens in einen "Clash of Civilizations" überführen und sich dabei gerade auf die Verhältnisse berufen, die sie selbst geschaffen haben.<sup>11</sup>

In ideologisch verkehrter Form bergen beide Metaphern allerdings das zweite und entscheidende Problem der globalisierungskritischen Anti-Kriegs-Bewegung. Dieses Problem besteht darin, dass der Widerstand gegen die gewaltdurchherrschte Archipelisierung des Weltsystems nur dann zum universellen Befreiungskampf werden kann, wenn er auch und gerade von der verelendeten "Überschussbevölkerung" getragen wird, die in den Ökonomien des sozialen Krieges um ihr nacktes Überleben kämpft. Deshalb findet die gegenwärtig entstehende Internationale ihren Prüfstein in der Fähigkeit, politische Subjektivitäten in Kommunikation zu bringen, die sich in extrem unterschiedlichen und tendenziell sogar entgegengesetzten Lebenswelten herausbilden. Das aber hängt an wenigstens drei Voraussetzungen:

1.) Die Mobilisierungen gegen den Irakkrieg haben gezeigt, dass den Bewegungen die Gefahr droht, in die innerimperialen Konkurrenzen zwischen US-amerikanischen Unilateralismus und "alteuropäischem" Multilateralismus verwickelt und dadurch neutralisiert zu werden. Eine Parteinahme zugunsten der Achse Paris-Berlin läuft aber lediglich auf die Zustimmung zu einer anderen Form der Durchsetzung des globalen Gewaltmonopols hinaus, was übrigens auch dann gilt, wenn dabei die UNO als vorgebliche Garantiemacht des Völkerrechts angerufen wird. Sich solcher Indienstnahme zu verweigern, muss allerdings nicht heißen, in der innerimperialen Konkurrenz gar nicht Stellung zu beziehen: mögliche taktische Bezugnahmen auf die EU oder die UNO sind dann aber Kämpfen um deren radikale Demokratisierung einzuordnen: "Auf taktischem Terrain wäre es daher notwendig, auf einen europäischen demokratischen Föderalismus zu setzen. Nur so kann der Raum zur Kooperation und für soziale Kämpfe geöffnet werden; nur so ist eine Neuzusammensetzung gesellschaftlicher Kräfte möglich, die sich sowohl (...) Europa als Supernationalstaat als auch dem bürokratischen Funktionalismus des "kommunitären" EU-Projekts verweigern. (...) Der europäische Konstitutionsprozess ist nicht von den Werten zu trennen, die er transportieren soll. Demokratische Bedingungen sind nur föderalistisch zu schaffen und zu stärken. Kann Europa gegen den neoliberalen Staatsstreich ideologisch und politisch Widerstand leisten? Kann von hier eine Initiative globaler Demokratie ausgehen? Ist eine Strategie der Expansion der Freiheit und der Solidarität denkbar (...) aus der Kritik an der Expansion der Moderne, des Kapitalismus und der europäischen Nationalstaaten heraus? Es ist an den sozialen Bewegungen, eine demokratische und föderalistische Wahl zu treffen, die das politische Europa als möglichen Übergang zu einer demokratischen Weltordnung betrachtet."<sup>12</sup> Die Maßgabe einer solchen Intervention wäre insofern an der noch

immer aktuellen Devise des klassischen Antiimperialismus auszurichten, nach der "der Hauptfeind" jeweils im eigenen Land steht.

2.) Die zweite Gefahr der Bewegungen aber liegt in ihrer möglichen Funktionalisierung für das von verschiedenen Seiten verfolgte Szenario eines "Clash of Civilizations". Prüfstein ist hier das Verhältnis zu den "fundamentalistischen" Massenmobilisierungen nicht nur im islamischen, sondern ebenso im hinduistischen und christlichen Kontext, aber auch in den (gegen-)rassistischen Tendenzen einer "African Renaissance". Obwohl nicht erst seit den Anschlägen der al Qaeda, sondern schon seit dem tragischen Ausgang der iranischen Revolution Ende der 1970er Jahre klar sein sollte, dass Fundamentalismen keinerlei emanzipatorische Perspektive bieten, kann deren Kritik nur gelingen, wenn zugleich die globalen Machtverhältnisse und deren metropolenrassistische Legitimierung im Namen von Demokratie, Menschenrecht und Zivilität angegriffen wird. Eine erste strategische Maxime, an der eine doppelte Kritik der imperialen Gewalt wie der reaktionären Elemente im "Widerstand" zu entwickeln wäre, hat die indische Schriftstellerin Arundhati Roy 2004 auf dem Weltsozialforum in Mumbai vorgetragen: "Beginnen wir mit etwas wirklich Kleinem. Die Frage ist nicht, den Widerstand in Irak gegen die Besatzung zu unterstützen oder zu debattieren, wer genau zum Widerstand in Irak gehört (Sind sie alte Baath-Killer? Sind sie islamische Fundamentalisten?) Wir müssen der globale Widerstand gegen die Besatzung werden."<sup>13</sup> Gelänge es einem solchen "globalen Widerstand", zum Rückzug der imperialen Macht beizutragen, wäre ein politischer Raum gewonnen, in dem die Bewegungen selbst zur emanzipatorische Gegenmacht zur fundamentalistischen Reaktion werden können – eine Perspektive, das sei ausdrücklich vermerkt, die im nächsten Horizont der Bewegungen angelegt ist, auch wenn sie gegenwärtig konkret noch nicht artikuliert wird.

3.) Damit im Zusammenhang steht schließlich die Nötigung, eine emanzipatorische Antwort auf die verwildernden Gewaltverhältnisse in den Zusammenbruchregionen des Weltsystems zu finden. Auch darin stehen die Bewegungen erst am Anfang, bleiben Erfahrungen noch zu entwickeln, die in Ansätzen allerdings schon vollzogen werden, nicht zuletzt in den Gewaltökonomien selbst. Ein erster Schritt besteht auch hier darin, sich von einer metropolenzentrierten Perspektive zu lösen, die in den wachsenden Sektoren der Informalität nur Phänomene des "Staatszerfalls" ausmachen will. Statt dessen wäre auch und gerade in den Zonen der sozialen Verwüstung nach Möglichkeiten einer Verbindung zu den Prozessen der solidarischen Selbstorganisation zu suchen, in denen die Menschen dort nicht nur um ihr Überleben kämpfen. Eine Schlüsselstellung kommt darin den Migrationsbewegungen zu, die umgekehrt eben nicht zufällig bevorzugtes Ziel imperialer Kontrolle und Repression sind. Die Migration, aber auch andere Praxen der Informalität können deshalb nicht einfach als Folgen

11) Francis Fukuyamas, *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?* (München 1992) artikuliert anlässlich des Zusammenbruchs der politischen Linken des 20. Jahrhunderts das Selbstbewusstsein der Sieger; Samuel P. Huntingtons 'Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert' (Hamburg 1997) gibt dann vor, wie dieses Ende gegen die aufrechterhalten werden soll, die sich mit ihm nicht abfinden. Beide Bücher umgrenzen den ideologischen Horizont des Postfordismus und bilden dergestalt – eingestanden oder nicht – den Subtext des Diskurses der "neuen Kriege".

12) Toni Negri in der Frankfurter Rundschau vom 13.4.2004. Eine Langfassung des Textes kann über die website der FR abgerufen werden.

13) Arundhati Roy in der Jungen Welt vom 20.1.2004, der Artikel kann im Archiv abgerufen werden.

extremer Armut, sondern müssen immer auch als originäre Formen sozialer Bewegung und sozialen Widerstands analysiert werden.<sup>14</sup>

Werden die Widerstände des globalen Südens – wie in der ungebrochenen Autonomie der Migration schon realisiert – in erheblichem Maß sowohl die Kampfziele wie die Kampfformen bestimmen müssen, ist den sozialen Bewegungen und politischen Linken in den Triadenstaaten die Aufgabe gestellt, den nicht zuletzt vom Diskurs der "neuen Kriege" gefestigten metropolentrassistischen Konsens zu sprengen, nach dem ausgerechnet der globale Norden für die Durchsetzung von Demokratie, Menschenrecht und Zivilität zu sorgen habe. Die Dekolonisierung ist und bleibt strukturelle Voraussetzung aller Emanzipation.<sup>15</sup>

**Thomas Seibert** ist Mitarbeiter von *medico international*, Redakteur des Halbjahresmagazins *Fantômas* ([www.akweb.de](http://www.akweb.de)) und lebt in Frankfurt/M. Zuletzt erschien von ihm: *Die Konstellation der europäischen Ideologie. Zu den Verbindungslinien von Ökonomie- und Metaphysikkritik*. In: Th. Atzert/J. Müller, *Immaterielle Arbeit und imperiale Souveränität. Analysen und Diskussionen zu Empire*, Münster 2004

Sabah Alnasseri

## Der Fall Irak

### Kriegs- und Enteignungsökonomie als Modus ursprünglicher Akkumulation

Die Rede von der Enteignungs- oder Kriegsökonomie<sup>16</sup> ergibt erst dann einen Sinn, wenn man sie theoretisch mit dem Marxschen Begriff der "ursprünglichen Akkumulation" zusammenstellt. Ursprüngliche Akkumulation – das ist die hier vertretene und am "Fall Irak" erläuterte These – stellt weder eine historisch-residuale Kategorie noch einen Nullpunkt der primitiven Genese des Kapitals dar, sondern eine permanente Existenzbedingung der Reproduktion und Regulation des Kapitals und also ein Moment der Formung des Kapitalsverhältnisses in seiner Gesamtgeschichte.<sup>17</sup>

#### Zivilisation und Barbarei

Die ursprüngliche Akkumulation kann ökonomisch unterschiedliche Formen annehmen und spielt sich räumlich auf unterschiedlichen Ebenen ab. Sie kann in ihrer Gesamtheit als ein Werttransfer von den Subalternen- und Lohnabhängigenklassen zu den Eigentümerklassen und somit als Moment der permanenten Klassenformation charakterisiert werden. Die Formen der ursprünglichen Akkumulation reichen von Raub und Plünderung über Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte und der Nichtlohnabhängigen bis hin zu direkter Landnahme und der Schaffung von mit der dominanten kapitalistischen Produktionsweise verbundenen nichtkapitalistischen Produktionsweisen im Weltmaßstab, die Formen längst tot geglaubter Sklaven-, Zwangs-, Kinder- und ge-

schlechterspezifischen Arbeit einschließen. Zur ursprünglichen Akkumulation gehört schließlich auch, was im Nord-Süd-Verhältnis als "Schuldenfalle" bezeichnet wird. Die Exekutionsformen der ursprünglichen Akkumulation können wiederum unterschiedlich sein: unmittelbar-physischer Akt der Zerstörung, Krieg und bürgerkriegsähnliche Zustände; technologisch der Einsatz von Bio- und Gentechnologien, die auf die Kommodifizierung von bis dato noch nicht warenförmig vermittelten körperlichen und gesellschaftlichen Naturverhältnisse abzielen; ökonomisch die Politik der WTO, Strukturanpassungsmaßnahmen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds, ungleicher Tausch aufgrund von unterschiedlichen Produktionsbedingungen und internationalen Arbeitsteilungen, Patentierungen und Lizenzierungen aller Art, Parzellierung des Produktionsprozesses entsprechend passender Verwertungsstrategien, schließlich politisch-rechtlicher Zwang durch imperiale Staaten und Institutionen. In diesem Kontext hat die Analyse der gegenwärtigen, barbarischen Situation ihren Platz und aus dieser Perspektive heraus kann man sich den Ereignissen und Verhältnissen im Irak annähern.

Die Bedeutung des Dritten Golfkriegs liegt nicht zuletzt darin, dass ein "Erfolg" der Operation einen ungeheuren legitimatorischen Schub für weitere imperial-gewaltsame Kriegsführungen im Süden leisten und damit die Restrukturierung von Macht- und Herrschaftsverhältnissen im Weltmaßstab voranbringen wird. Das verbindet den Angriff auf den Irak untergründig mit dem Frontal-

14) Vgl. dazu meinen Beitrag Davon haben wir längst noch nicht genug gesehen! Oder: warum antikapitalistische soziale Bewegung nicht weniger, sondern mehr Globalisierung braucht, der in Argument 256 erscheinen wird.

15) Der Text ist die überarbeitete und erweiterte Fassung meines Aufsatzes Die neue Kriegsordnung. Der globale Kapitalismus und seine barbarisierte Rückseite. In: Dario Azzellini/Boris Kanzleiter, Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Weltordnung. Hamburg/Berlin/Göttingen 2003.

16) Zeller, Christian (Hg.), Die globale Enteignungsökonomie, Münster 2004.

17) Alnasseri, Sabah, Periphere Regulation, Westfälisches Dampfboot, Münster 2004.

angriff auf die Lohnabhängigen (Staatsbürger- und MigrantInnen) im Norden und den Abbau ihrer multiplen, institutionalisierten Rechte. Die selbstgefällige und selbstgerechte Legitimation dafür liefert das operative Kontrollkonzept, das von seinen Betreibern als "Demokratie" und als "nation- und state-building" bezeichnet wird und unter solchen Euphemismen nur mühsam das tatsächliche Geschehen verdeckt: die gewaltsame Öffnung und Enteignung des Südens, im Irak und nicht nur dort durchgesetzt durch die territoriale und politische Fraktionierung der Gesellschaft nach kulturellen, religiösen und ethnischen Kriterien. Dabei bedingt die Zivilisierung des Nordens und die Anrufung eines Nordsubjektes die Traditionalisierung und Barbarisierung der Zustände im Süden. Politisch bedeutet dies die Integration der Scherben der zerfallenen Gesellschaften im Süden in die imperiale Weltordnung mittels lokaler demokratischer Eliten. Werfen wir zunächst einen Blick auf die Entwicklung im Irak vor dem letzten Krieg, bevor wir auf die multiplen Verschiebungen nach dem Krieg kommen.

## Das tribalistische Regime

Die Machübernahme der Clique um Saddam Hussein im Jahre 1979 war insofern regional bedingt, als die Revolution im Iran die USA, die Golfmonarchien, Russland und Westeuropa dazu zwang, innerhalb der irakischen Baath-Partei Kräfte zu unterstützen, die als eine sunnitische Konterkraft zum schiitischen Regime im Iran aufgebaut werden konnte. Der Putsch des von Saddam geführten rechten Flügels der Baathisten gegen den seit 1968 regierenden Präsidenten Al-Bakr beschleunigte die schon unter diesem einsetzende Demontage der Baath-Partei noch einmal. Die Partei wurde zum Transmissionsriemen zwischen Staat und der Gesellschaft und zu einem Disziplinarapparat degradiert, der unter die Sicherheitsapparate subsumiert wurde und allein der Kontrolle der Bevölkerung diente. Im Laufe der 1980er Jahre und während des ersten grausamen Golfkriegs entwickelte sich mit Hilfe der Kriegsökonomie und gestützt auf ein Netzwerk von Clans, Cliquen, bürokratischen Eliten und Militärfunktionären ein tribalistisches Regime, das archaische, autoritäre und quasi feudale Elemente reaktivierte und die Sozialstruktur der irakischen Gesellschaft regressiv umschichtete. Aufgrund der Interessenidentität zwischen West- und Ostmächten, den Golfstaaten und dem Irak in seinem Krieg gegen den Iran kam es zu einem immensen Kapitalimport, der eine unkontrollierte Schuldenökonomie in Gang setzte. Durch weiteren Kapitalimport, durch Kriegsschenkungen, Kredite, durch den Import von Millionen von Arbeitskräften aus den armen arabischen Ländern und eine Landumverteilung zugunsten verbündeter Clans und Cliquen gelang es dem Regime, breitere, im Grunde von ihm selbst erst geschaffene Schichten hinter sich zu mobilisieren. Verstärkt wurde das durch die Teilprivatisierung von Finanz-, Handel- und Dienstleistungen, die primär um den Krieg zentralisiert waren, durch den Ausbau eines rüstungs-industriellen Komplexes und, last but not least, durch einen Kriegsnationalismus, der mythische und historische Narrative vorislamischer, babylonischer, arabo-islamischer Herkunft mit rassistischen und antiimperialistischen Elementen verband. Indem die Opposition, die immerhin bis zum

Ende der 70er Jahre auf der politischen Bühne präsent war, gnadenlos isoliert wurde, nahm das Regime der Bevölkerung die Möglichkeit der Artikulation eigener politischer Interessen.

Trotzdem geriet der Baathismus Saddams mit dem Ende des ersten Golfkriegs in eine Großkrise, die nur durch Flucht nach vorne verschoben werden konnte und von Kuwait und den USA gnadenlos ausgenutzt, geschürt und eskaliert wurde: Der zweite Golfkrieg war vorprogrammiert. Regionale Unsicherheiten und Ängste verhalfen dem Regime nach 1991 zum Comeback. Eine entscheidende Existenzbedingung dafür war das Embargo.

## Embargo: Kriegsökonomie zwischen den Kriegen

Das Embargo gegen den Irak wurde im August 1990 verhängt, um das kuwaitische Eigentum, sprich Öl zu schützen. Dem Irak wurden dadurch Möglichkeiten des Ölverkaufs auf dem Weltmarkt genommen. Nach der Befreiung Kuwaits machte das Embargo eigentlich keinen Sinn mehr. Wieso blieb das Embargo dann aufrechterhalten, zumal ab Mitte der 90er Jahre und mit der Einführung des "Öl für Lebensmittel"-Programms die Öleinnahmen von einem treuhänderischen Fond der UNO kontrolliert und verteilt wurden, das irakische Regime also keine direkte Kontrolle über diese Einnahmen mehr hatte? Der Grund dafür lag in der Schwächung der OPEC und in der Umverteilung der Ölproduktion zugunsten der Alliierten, vor allem Kuwaits, Saudi-Arabiens und den USA. Indem das irakische Kontingent am Ölhandel an die beiden ersten fiel und diese dadurch ihre Fördermengen verdoppeln konnten, konnten sie ihre Kriegsschulden abbauen, ihren Wiederaufbau und ihre Hochrüstung in Gang setzen, wovon übrigens wiederum primär amerikanische Konzerne und Firmen profitierten, nicht zuletzt in der Finanzierung der amerikanischen und britischen Militärbasen. Der irakischen Bevölkerung entgingen infolge des Embargos in den letzten 14 Jahren ca. 300 Milliarden Dollar. Mehr noch: Indem das "Öl für Lebensmittel"-Programm mit dem Regime ausgehandelt und von ihm im Inneren verwaltet wurde, wurde die Bevölkerung, die sich im Jahre 1991 mehrheitlich vom Regime befreite, neuerlich unter dessen Abhängigkeit gebracht. Die Cliquen, Clans und Eliten erhielten so die Möglichkeit, Schmuggel und graue Geschäfte kontroll- und rechenschaftslos zu betreiben, wovon freilich auch die Nachbarn des Iraks profitierten – nur nicht die irakische Bevölkerung.

So konnte es sich das Regime leisten, sogar oppositionellen Kräften Partizipationsangebote zu machen und ihnen im Fall der Rückkehr Rehabilitation versprechen. Tatsächlich bedeuteten die zahlreichen, über die ganze Welt verstreuten Oppositionellen für den Irak ein gewaltiges politisches und ökonomisches Kapital. Diese Taktik ging teilweise aus purem Opportunismus (Aneignung von aufgrund des Embargos entwerteten Produktionsmitteln, Immobilien etc., wodurch sich eine neue Mittelschicht der Embargo- und Kriegsgewinnler formierte) auf und hat dadurch die Opposition noch weiter zersplittert. Damit fand eine neue Umstrukturierung der Klassenverhältnisse statt, dieses mal aber durch Teile der irakischen Handels- und Finanzmigranten.

Die embargobedingte De-Industrialisierung, Deregulierung und Entbürokratisierung bei gleichzeitiger Umverteilung zugunsten der Clans und Cliquen führten einerseits zur Verländlichung und Verbauerung und damit zur Re-Feudalisierung der Gesellschaft, andererseits zu einer grauen, gesetz- und planlosen städtischen Wirtschaft, die hauptsächlich auf Tagelöhnern, Land- und Wanderarbeitern, Frauen- und Kinderarbeit, kurzum, auf allgemeiner Sklaverei basierte und Züge des Pauperismus und der totalen Verelendung des europäischen 19. Jahrhunderts aufwies. Gleichzeitig verzehnfachte sich die Zahl der Millionäre. Auswanderung und Flucht waren die Folge.

Die Kriegs- und Embargogewinnler waren für die Nachkriegszeit von entscheidender politischer und ökonomischer Bedeutung, profitierten von der Entwertung der Währung, den Auslandsschulden, den schwarzen Geldmärkten für Dollars, auch von den inflationären Geldemissionen zwecks privater Aneignung gesellschaftlichen Kapitals und vom Ausverkauf des gesellschaftlichen Kapitals mittels Dumpingpreisen während der Privatisierung in den 1980ern und 1990ern. Damals wurde das Geld ohne Deckung durch harte Währung gedruckt, was zu massiver Inflation und einer dramatischen Senkung des Lebensstandards und des Einkommens der Lohn- und Nichtlohnabhängigenklassen führte. Eine strukturelle Arbeitslosigkeit als politisch-ökonomische Reservarmee im doppelten Sinn des Wortes wurde geschaffen, die zugleich zum Ausschluss der Frauen aus der Öffentlichkeit führte, der durch die Auflösung der Staatsapparate nach dem Krieg und die Zerstörung der ökonomischen Infrastruktur verschärft wurde.

## **Die Nachkriegsordnung: Krieg für Demokratie**

Weil die Besatzungsmächte kurz- und mittelfristig die unbedingte Kontrolle über das Land und dessen Bevölkerung sichern müssen, ist "Demokratie" im Irak eine operative Mission, d.h. die Installierung eines Kontrollregimes, das durch die Anwesenheit der Besatzungsmächte physische Gestalt annimmt und durch die politische und institutionelle Einflussnahme verrechtlicht wird, im Kern aber nur eine Unterwerfungs-, Enteignungs- und Kontrollstrategie im Kontext der imperialen Kriegsführung bleibt. Dabei stellt die Fraktionierung und Kantonisierung des Iraks einen ersten Schritt in Richtung der Privatisierung von Macht und gesellschaftlichem Eigentum dar, der einen Mechanismus der Schwächung und der Kontrolle des peripheren Staates sowie des Entzugs seiner ökonomischen Basis darstellt und letztlich den Weg für neoliberale Akkumulationsstrategien ebnet. Diese Tendenz bedeutet einen Werttransfer aus dem Süden in den Norden, eine Marginalisierung der enteigneten Bevölkerungsmehrheit und führt zur Bildung von Wohlstandsoasen lokaler und regionaler korrupter Eliten, was wiederum zu weiterer Instabilität, neuen Konflikten und gewaltsamen Auseinandersetzungen führen muss. Diese Situation erfordert zwangsläufig die physische Anwesenheit der Besatzungsmächte: eine sich selbst erfüllende Prophezeiung! Die damit eingesetzte Herrschaftsform muss nun aber "interiorisiert" werden, soll sie langfristig

reproduziert werden. In diesem Kontext lassen sich die politischen, ökonomischen und kulturellen Verschiebungen im Nachkriegsirak thematisieren.

Die Teilung des Landes in verschiedene Besatzungszonen, die Auflösung der ökonomischen, ideologischen und Sicherheitsapparate des Staates, die massenhaften Entlassung des Staatspersonals sowie die durch das Embargo, den Krieg und das Nachkriegschaos bedingte Zerstörung der Infrastruktur (Kommunikation, Gesundheit, Strom- und Wasserversorgung etc.) führen zur Zerstörung der politischen Landkarte des Landes und zu einer Traditionalisierung bzw. Kulturalisierung der Macht- und Herrschaftsverhältnisse, mithin zur Fraktionierung der Gesellschaft nach ethnischen, religiösen und kulturellen Konstruktionen. Dies und die mediale Inszenierung des Konflikts als eine religiös-kulturelle Angelegenheit – die eine ideologische Zensur ohnegleichen darstellt, weil sie die empirische Realität und die tatsächlichen Kämpfe und Auseinandersetzungen sensationell verklärt – forcieren eine konservative Kultur, die zugleich der Identitätsbildung westlicher Zivilisation dient. Tatsächlich stellt Samuel Huntingtons "Zusammenprall der Kulturen" nichts anders dar als die Legitimation eines imperialen Herrschaftsanspruchs auf ökonomisch wie geostrategisch wichtige Räume im Süden durch die Konstruktion bedrohlicher, durch Intervention und Kontrolle zu zähmender unzivilisierter Kulturkreise.

Wenn religiöse Instanzen als Institutionen der sogenannten Zivilgesellschaft eine immer wichtigere Rolle spielen und die Geistlichen als Akteure in Vermittlungsprozessen und Kooperationen auftreten, dann stecken dahinter politische Kräfte, die durch diese Geistlichen in der Gesellschaft populär gemacht werden. So zielen diese Praxen darauf ab, die linken und säkularen Bewegungen zu marginalisieren und zu diskreditieren, sie als unislamisch, unschiitisch, unsunnitisch zu brandmarken. Konfessionelle, ethnische, kulturelle etc. Erscheinungen sind in diesem Sinne Artikulationsformen neu sich bildender politischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse: letztere werden durch jene überdeterminiert. Die religiösen Würdenträger können in diesem Sinne als Intellektuelle des konservativ-liberalen Blocks angesehen werden, die die Subalternen und die Lohn- und Nichtlohnabhängigen durch religiöse Diskurse und Praxen disziplinieren wollen und andererseits linke Akteure und linke Vorstellungen und Konzepte von einem anderen Irak als "fremdartig" zu diskreditieren zu versuchen. So ist zum Beispiel die Vereinigung der Arbeitslosen im Irak (UUI) politisch wirksam und wichtig, weil die Mehrheit der Iraker arbeitslos ist und mittelfristig auch bleiben wird. Da diese Richtung zunehmend politische Bedeutung gewinnt, wird sie von den Konservativen gefürchtet und von deren Intellektuellen denunziert. Die Bush-Administration ihrerseits stellt mit Hilfe der American Federation of Labor (AFL-CIO) 15 Millionen Dollar zur Verfügung, um eine dem "Staat" nahe stehende Gewerkschaft im Irak zu gründen, eben gegen autonome und unabhängige Formen der Vertretung der Arbeiter und der Arbeitslosen.

Daneben werden Gangster-, Banditen- und Milizgruppen zwecks politischer Disziplinierung der Subalternen durch die jeweiligen konservativen und liberalen Oppositionsgruppen geschaffen sowie politische Allianzen mit tribalistischen Kräften geschmiedet, die der gesellschaftlichen Machtstellung dieser konservativ-liberalen Kräfte

zur politischen Dominanz verhelfen sollen. Hier hat auch der klientelistische "Regierungsrat" seinen Platz – als ein Privilegiertenclub und als Transmissionsriemen des internationalen Kapitals, mithin als die politische Artikulationsform der sich neu konstituierenden "inneren Bourgeoisie" (Poulantzas), die Ideologen der irakischen KP wie Kadhim Habib, tragisch genug, immer noch und anachronistischerweise als nationale Bourgeoisie zu fassen und zu konstituieren trachten – vorbei an der historischen, ökonomischen, politischen und räumlichen konkreten Situation.

## Nachkriegs-Enteignungs-Ökonomie

Die neoliberale Schocktherapie der sogenannten Strukturanpassungsmaßnahmen erfolgt im Irak mit Hilfe und in der Folge des Krieges und der direkten Kontrolle, unmittelbar gegen alle gerichtet, die sich dieser Politik widersetzen und über Reichtümer verfügen, die von globaler Bedeutung sind. Die Folge ist eine Durchgliederung von neoliberalen Verwertungsstrategien über die humanitäre Hilfe und den Wiederaufbau bis hinab zu den primitiven Formen der Gewaltproduktion: massenhafte Freisetzung und Marginalisierung von Arbeits-, Sicherheits- und Söldnerkräften, Werttransfer (gewaltsame Eigentumsverteilung und Schaffung von neuen privaten Eigentumsformen), kriegsbeutefinanzierte Wohlstandsoasen. Schon während des Embargos und des letzten Krieges hat sich Gewalt aufgrund des gebrochenen ökonomischen Kreislaufs und der miserablen Reproduktionsbedingungen als Bewegungs- bzw. Tauschform durchgesetzt, im Raub, der Plünderung, der Entführung, der Vergewaltigung und im Verkauf von Menschen (Frauen- und Söldnerhandel). Dabei wird auch und gerade die humanitäre Hilfe zum Objekt der Ausbeutung und des Angriffs. Die einzig funktionierende Dienstleistung ist die Sicherheit – anders gesagt: das einzig florierende Geschäft ist das mit der Unsicherheit, sowohl international wie lokal und regional. Damit entsteht eine Verwertungssituation, in der sich das imperiale Heer samt privaten Sicherheitsfirmen und Söldnern einerseits und kriminelle Banden, Cliques, radikale, meist nationalistische und tribalistische Kräfte andererseits in einer Raubökonomie vereinigen, die als ein marschierendes Geschäft fungiert: Je überlebensnotwendiger der Krieg für sie wird, desto mehr ziehen sie ihn in die Länge. Dazu gehören nicht zuletzt die Angriffe auf Ölfelder und Pipelines – wird doch zu recht befürchtet, dass die ökonomische Basis des Staates, das Öl, durch die Einführung von privaten Eigentumsverhältnissen und somit der Umverteilung zugunsten von Kriegsgewinnlern verschoben wird.

Um die Öffnung des Landes für Auslandsinvestitionen und die Kommodifizierung von öffentlichen, gesellschaftlichen und Naturverhältnissen sowie den ungehinderten Zugang zu den Reichtümern des Landes langfristig institutionalisieren zu können, bedarf es allerdings einer liberalen bzw. privateigentümlichen Verfassung – eine Notwendigkeit, der der Regierungsrat am 8.3.2004. mit seiner Unterschrift unter die "provisorische Verfassung" auch nachgekommen ist. Geldpolitisch wurde die Unabhängigkeit der Zentralbank von staatlichen Eingriffen deklariert. Des Weiteren wurden niedrige Zolltarife

und niedrige Steuern ins Visier genommen, nicht zuletzt wegen der Privatisierung der öffentlichen Einrichtungen und der Industrien. Die Deregulierung sorgt für hohe Arbeitslosigkeit, also für Lohndruck durch eine flexible Reservearmee, während der Verzicht auf Subventionen für die einheimische Ökonomie ausländische Firmen vor nationaler Konkurrenz schützt.

Die außerökonomische Vertragsvergabe an der Bush-Administration nahestehende Konzerne und Firmen bzw. die Außerkraftsetzung der Gesetze der sogenannten freien Marktwirtschaft ist konsequent, da unter der Besatzung und in Ermangelung an rechtlich-institutioneller Absicherung im Irak keine ökonomisch gültigen Verträge und langfristige Planung möglich sind. So nimmt die Vertragsvergabe die Form der Plünderung an, die politisch auf die Einbettung bestimmter gegnerischer, gesellschaftlich wirksamer Kräfte abzielt und auf die Schaffung einer sozialen und ökonomischen Basis des neu zu konstituierenden Staates. Dabei werden Gelder des sogenannten "Wiederaufbaus" an Besatzungskonzerne vergeben, mit deren Hilfe jene Kräfte durch Subcontracting eingebunden werden. Hier wird ein fiktives Kapital gesetzt im Sinne von einem Unterschied zwischen dem tatsächlichen realen Wert der Produktion im Irak und der Finanzvergaben an Besatzungsfirmen. So eignen sie sich einerseits irakisches Eigentum an und setzen andererseits qua ihrer Anwesenheit im Land Privatisierungsstandards fest, die sie gegenüber ihren Konkurrenten begünstigen. Durchgesetzt wird die Privatisierung der staatlichen Industrien, Dienstleistungen, öffentlichen Einrichtungen und Infrastrukturen sowie die massenhafte Entlassung unter dem Deckmantel der "Ent-Baathifizierung" – eine ideologisch äußerst wirksame Chiffre, der auch manche Linke hier im Lande zum Opfer gefallen sind.

Schließlich ist der Präzedenzfall Irak auch im Sinne eines Versuches radikaler Neoliberalisierung im Hinblick auf die rechtlich-politische Absicherung ausländischen Kapitals, der Steuer-, Zölle, Tarif-, Geld-, Investitions- und Beschäftigungspolitik sowie den ungehinderten Gewinntransfer von enormer Bedeutung, und das nicht nur im Hinblick auf den Bruch des internationalen und Völkerrechts (UNO, Genfer Konventionen etc.), sondern auch des nationalen Rechts. Es geht, kurz und knapp gesagt, um die Schaffung von rechtsfreien Räumen, die Privatisierung begünstigen. Die ökonomischen, ökologischen und rechtlichen Probleme der amerikanischen Firmen werden durch diese unilaterale Praxis tabuisiert, zugleich werden neue Normen der Aneignung gesetzt, da die Firmen für nichts haften und vor allen brisanten rechtlichen Fragen geschützt werden – was sie tun und lassen, gilt auch vor dem und im irakischen Staat als eine innere bzw. nationale Angelegenheit der USA. (sic!) Dieser außerlegale Raub wird auch durch die Gründung von Scheinfirmen und Kommissionen im In- wie im Ausland zwecks der Vertragsvergabe an irakischem Öl durch einige Mitglieder des provisorischen Regierungsrates und deren Klientel bzw. parasitäre Anhänger forciert, die wie ein Mafianetzwerk wirken.

Man könnte diese Konstellation als eine *neoliberale Diktatur* bezeichnen, die ein imperiales Privateigentumsrecht schafft und garantiert: jede Profitminderung wird als eine Bedrohung der nationalen Sicherheit gedeutet, die einen nationalen Alarmzustand hervorruft, also Krieg.

## Fazit

In diesem Sinne sind die Radikalisierung und die gewalt-samen Kämpfe im Irak nicht irgendwelchen Fanatikern oder politischen Amokläufern zuzuschreiben, sondern umgekehrt schuf vielmehr die Okkupation eine Situation, die den Nährboden für alle möglichen Untaten bereitstellt. Das aber heißt: Je früher sich die Besatzungs-mächte zurückziehen bzw. zum Rückzug gezwungen werden, desto wahrscheinlicher wird es zu einer Befriedung der Situation im Irak kommen.

Da die Irakfrage seit den 90er Jahren die am meisten internationalisierte Frage darstellt, kann der Widerstand gegen die Besatzung nur auf mehreren politischen Ebenen – lokal, regional und international – entwickelt werden. In diesem Sinne ist es entscheidend, basisdemokratische Kräfte zu identifizieren, sich mit ihnen zu solidarisieren und sie durch politische, technische, organisatorische, finanzielle und öffentliche Praktiken zu unterstützen. Des weiteren ist es entscheidend, die liberale Demokratieform zu durchkreuzen, indem die Kämpfe der Subalternen gegen die diktatorischen Regime ernst genommen und sie in ihren Zielen unterstützt werden, damit ihre Bedürfnisse nach Befreiung, Selbstbestimmung und

autonome Entwicklung im Sinne von Wiederaneignung nicht durch den "Befreiungsimperialismus" der Globalmächte vereinnahmt und instrumentalisiert werden.

Ist der Krieg als ein allgemeiner, gewaltsamer wie waffenloser Angriff auf die Rechte der Subalternen zu verstehen, so bedeutet der Widerstand gegen den Krieg einen Kampf gegen den Abbau der institutionalisierten Rechte der Subalternen und der Lohnabhängigen und die Militarisierung der politischen Kultur und der Ökonomie im Weltmaßstab. Das aber verlangt eine Erweiterung der Antikriegsbewegung um antirassistische, anti-sexistische und antikapitalistische bzw. antiimperial(istisch)e Kämpfe.

*Sabah Alnasseri ist Politikwissenschaftler an den Universitäten Frankfurt und Kassel, Redakteur bei [www.links-netz.de](http://www.links-netz.de) und lebt in Frankfurt. Publiziert fortlaufend zur Situation im Irak (Analyse + Kritik, Argument, linksnetz, Neues Deutschland, Prokla, u.a.). Gerade erschien von ihm: *Periphere Regulation. Regulationstheoretische Konzepte zur Analyse von Entwicklungsstrategien im arabischen Raum*, Münster 2004.*

Boris Kanzleiter

## Kriegswirtschaften ohne Krieg

### Tendenzen des Übergangs in Serbien-Montenegro und Kosovo

Nachdem am 5. Oktober 2000 die Teilnehmer einer beeindruckenden Massendemonstration das Parlamentsgebäude in Belgrad gestürmt hatten und Slobodan Milošević als politischer Machthaber fernsehtauglich abgesetzt worden war, rückten die Ereignisse in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens von den Titelseiten der Zeitung in die Kurzmeldungsspalten.<sup>18</sup> In den Kriegen seit Beginn der 90er Jahre waren über 250.000 Menschen, meist Zivilistinnen und Zivilisten, ermordet worden und über vier Millionen Menschen hatten als Flüchtlinge oft rastlose Überlebensodysseen antreten müssen. Endlich schien der Weg zu Frieden, Demokratisierung und wirtschaftlicher Erholung in den zerstörten Nachfolgestaaten Jugoslawiens eingeschlagen. Auch gelegentliche Meldungen über aufflackernde Gefechte in Mazedonien (Frühjahr 2001), die Ermordung des serbischen Premierministers Zoran Djindjic (März 2003) oder ein Pogrom an der serbischen Bevölkerungsgruppe und Roma

im UN-Protectorat Kosovo durch albanische Nationalisten (März 2004) konnten diesen Eindruck nicht grundsätzlich revidieren. Doch tatsächlich ist das westliche Desinteresse am Geschehen auf dem Balkan keineswegs ein Indikator für eine stabile politische Realität, bedeutet die Abwesenheit von Krieg keineswegs einen Zustand des abgesicherten Friedens. Statt dessen gibt es eine Vielzahl politischer, ethnischer und territorialer Konflikte, die Möglichkeiten offener militärischer Gewaltausübungen beinhalten.<sup>19</sup>

Gleichzeitig vollziehen sich nicht zuletzt aufgrund der Politik der "internationalen Gemeinschaft" gesellschaftliche Transformationsprozesse, welche die durch die Kriege geschaffenen politisch-autoritären und sozial-exkludierenden Strukturen auf Dauer zu verfestigen drohen. Dadurch werden entgegen proklamierter Absicht Möglichkeiten zu Demokratisierung und sozialer Entwicklung nachhaltig erschwert.

18) Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawiens (SFRJ), bestehend aus den sechs Republiken Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien sowie zwei autonomen Gebieten Vojvodina und Kosovo, hörte mit der Unabhängigkeitserklärung von Slowenien und Kroatien am 8.10.1991 und deren Anerkennung durch die EG-Staaten am 15.1.1992 faktisch auf zu bestehen. Die anschließend gegründete Bundesrepublik Jugoslawien (SRJ) bestand nach der Anerkennung der Unabhängigkeitserklärung Bosnien-Herzegowinas am 6./7.4.1992 durch die EG und die USA ab dem 27.4.1992 aus Serbien, Montenegro, Vojvodina und Kosovo. Mazedonien wurde am 8.4.1993 von der UN als unabhängiger Staat aufgenommen. Die SRJ wurde im März 2003 in Serbien-Montenegro (SCG) umbenannt. Dabei gibt es starke Sezessionstendenzen des UN-Protectorats Kosovo sowie der Teilrepublik Montenegro, die den derzeitigen Bestand von SCG in Frage stellen. Für das Jahr 2005 haben kosovo-albanische und montenegrinische Nationalisten Unabhängigkeitsreferenden angekündigt.

19) Hier ist an erster Stelle der Konflikt um den völkerrechtlichen Status der Provinz Kosovo zu nennen, die von der UN-Sicherheitsratsresolution 1244 als Teil der SRJ bzw. von SCG definiert, aber unter UN-Verwaltung gestellt wurde. Die albanischen Bevölkerungsmehrheit fordert dagegen die vollständige Unabhängigkeit. Aber auch um den Status der albanischen Minderheit in Mazedonien und Südserbien, den Status der muslimischen Minderheit im südserbischen Sandzak-Gebiet, der serbischen Bevölkerungsgruppe in Montenegro und den Status der Serbischen Republik (RS) in Bosnien-Herzegowina sind gewaltförmige Konflikte denkbar. Die Roma-Minderheit ist hauptsächlich in Kosovo aber auch in Serbien von Pogromen bedroht, wie zuletzt Übergriffe im März 2004 deutlich machten. Immer wieder warnen Experten auch vor möglichen terroristischen Aktivitäten islamistischer Gruppen auf dem Balkan.



Im folgenden Versuch einer Annäherung an die gesellschaftliche Realität in den Nachkriegsgesellschaften des ehemaligen Jugoslawiens sollen einige der zentralen Probleme beschrieben werden. Dabei konzentriert sich der Text auf die Situation in der Republik Serbien und dem UN-Protectorat Kosovo. In einem ersten Abschnitt sollen zunächst Tendenzen der sozio-ökonomischen Entwicklungen angesprochen werden, ohne dass der Anspruch erhoben wird, diese umfassend zu analysieren. Der zweite Abschnitt geht an ausgewählten Beispielen auf die Metamorphosen der Kriegakteure in erfolgreiche Politiker und Geschäftsleute bzw. Kriminelle ein, drei Kategorien, die in vielen Fällen nicht zu trennen sind. Aus diesem in einander verflochtenen Konglomerat aus kriminellen, institutionell-staatlichen, politischen und unternehmerischen Machtstrukturen rekrutiert sich ein erheblicher Teil der innenpolitischen Akteure der Nachkriegsordnung. Exemplarisch werden drei Beispiele behandelt

- a.) Die aus ehemaligen Paramilitärs rekrutierte serbische Polizei-Elitetruppe Einheit für Spezialoperationen (JSO) und ihre Verquickung mit dem Drogenhändlerring Zemun Klan;
- b.) Aufstieg und politische Metamorphose der serbischen "Oligarchen" von Milošević-Protegees zu pro-europäischen Privatisierungsgewinnlern;
- c.) Das Kosovo-Schutz-Korps (KPC), in dem unter Aufsicht, Training und Bezahlung durch die UN-Übergangsverwaltung in Kosovo (UNMIK) mutmaßliche albanische Kriegsverbrecher mit nationalistischen Terrororganisationen und der Mafia zusammenarbeiten.

## **Tendenzen der sozio-ökonomischen Entwicklung: Kriegswirtschaft ohne Krieg**

Über gesicherte soziale Lebensperspektiven verfügt in Serbien-Montenegro und Kosovo heute nur ein verschwindend kleiner Anteil der Bevölkerung. Offizielle statistische Daten über einen monatlichen Netto-Durchschnittslohn in der Republik Serbien von etwa 170 Euro (mit fallender Tendenz) oder einer Arbeitslosenquote in Kosovo von etwa 60 Prozent (mit steigender Tendenz) sprechen dabei zwar das zentrale Problem grassierender Armut an, sind allerdings nur unvollständige Indikatoren. Von mindestens genauso wichtiger Bedeutung ist die Situation permanenten sozialen Stresses, dem weite Teile der Bevölkerung durch Unsicherheiten ausgesetzt sind, die sich statistisch kaum erfassen lassen. So werden in Serbien die oft nur wenige Dutzend Euro umfassenden Rentenzahlungen an Pensionäre mit monatelanger Verspätung ausgezahlt. Das selbe gilt für Löhne von Beschäftigten in vielen Unternehmen. Arbeitnehmer gehen damit oft unbezahlt ihrer Arbeit nach, nur um den Arbeitsplatz (vermeintlich) zu sichern. Auch ein Arztbesuch ist mit mehr Sorgen verbunden als denen um die Gesundheit. Zwar existiert in Serbien ein kostenloses staatliches Gesundheitssystem, doch ist es chronisch überlastet und materiell schlecht ausgestattet. Um beispielsweise Wartezeiten von mehreren Monaten für

Röntgenaufnahmen zu umgehen, ist der Rückgriff auf zu bezahlende Privatärzte notwendig. Verbreitet ist in dieser Situation die Praxis, dass Beschäftigte des staatlichen Gesundheitswesens ihre Position nutzen, um Bestechungsgelder für zeitlich vorgezogene Behandlungen zu kassieren. Diese Formen einer "Privatisierung" von eigentlich kostenlosen staatlichen Dienstleistungen durch die Erpressung von Schmiergeldern stellen in ihrer Ersetzung von Rechtsstaatlichkeit und Rechtsansprüchen durch informelle Aushandlungspraxen einen Grundzug der Nachkriegsgesellschaft dar, der viele weitere gesellschaftliche Bereiche umfasst.

In diesen informellen Praxen leben die vergleichsweise harmlosesten Formen der Kriegswirtschaft fort, die sich in der SRJ vor allem nach der Verhängung eines Handelsembargos im Mai 1992 rapide ausgebreitet haben. Während mit Kriegsbeginn einerseits die industrielle Produktion weitgehend zusammenbrach und selbst grundlegende Konsumgüter wie Brot oder Speiseöl zur begehrten Mangelware wurden, etablierten sich mit aktiver Mitwirkung aus Regierungsinstitutionen und Staatsapparat Schmugglerringe, die Waren illegal aus dem Ausland importierten und zu horrenden Preisen auf dem Schwarzmarkt verkauften. In dieses lukrative Geschäft stiegen viele führende Paramilitärs ein, die sich nach ihren Fronteinsätzen, die nicht selten Raubzügen glichen, gegenseitig Konkurrenzschlachten um die Schwarzmarktkontrolle lieferten. Zwar haben sich in Serbien-Montenegro nach Ende des Wirtschaftsembargos seit 2000 ohne Zweifel viele sozio-ökonomische Rahmenbedingungen deutlich verbessert, vor allen Dingen sind die chronischen Versorgungsengpässe für Grundnahrungsmittel, Benzin und elektrischen Strom Vergangenheit, aber viele Strukturen der Kriegswirtschaft sind über das Ende des Kriegs hinaus intakt.

Eine Ursache für das Weiterbestehen kriegswirtschaftlicher Strukturen ist, und das gilt gleichermaßen für Serbien-Montenegro wie für Mazedonien und die internationalen Protectorate Kosovo und Bosnien-Herzegowina, das Ausbleiben einer volkswirtschaftlich relevanten Ankerbelung industrieller Produktion. Wie Wirtschaftsdaten zeigen, liegt das Bruttoinlandsprodukt in Serbien-Montenegro heute bei etwa der Hälfte des Niveaus zum Kriegsbeginn Anfang der 90er Jahre und es sind kaum Anzeichen einer Erholung zu erkennen. Auch fünf Jahre (Kosovo/Serbien-Montenegro) bzw. fast zehn Jahre (Bosnien-Herzegowina) nach dem Ende größerer bewaffneter Konflikte bleiben Investitionen in den Aufbau von Industrie so gut wie aus.<sup>20</sup>

Die Bilanz der sozio-ökonomischen Entwicklung seit dem proklamierten Übergang in die "Normalität" nach dem Sturz Milošević ist für weite Bevölkerungsteile enttäuschend. Die Emigration eines großen Teiles junger qualifizierter Menschen geht ungebrochen weiter. Die extrem restriktive Politik bei der Vergabe von Visa durch die Staaten der EU und anderen westlichen Staaten hat dabei unter anderem zur Folge, dass vor allem junge Frauen oft in Situationen sexueller Ausbeutung geraten.<sup>21</sup> Die Verarmung breiter Bevölkerungsschichten und das fakti-

20) Direktinvestitionen aus dem Ausland machen auf dem Balkan nicht einmal 5 Prozent des BIP aus. Vgl. EU-Erweiterung. Eisbrecher für den Balkan, Financial Times Deutschland, 3.5.2004.

21) Einerseits durch über das Internet oder Agenturen vermittelte "Heiraten" mit Inhabern eines EU-Passes, bei denen die Frauen nach der Auswanderung in eine materielle und aufenthaltsrechtliche Abhängigkeitsposition geraten. Andererseits durch den Zugriff junger Frauen auf "Agenturen", die Arbeit im Ausland versprechen, sie aber in Strukturen der Zwangsprostitution führen. Vgl. UNICEF: Trafficking in Human Beings in South Eastern Europe, Juni 2002, www.unicef.de

sche Verschwinden einer in der SFRJ existierenden relativ breiten (urbanen) Mittelschicht durch die für viele Familienhaushalte ruinöse Megainflation von über 11 Milliarden Prozent im Jahr 1993 scheinen unumkehrbar.<sup>22</sup> Das Klima des sozialen Stresses erzeugt neben individuellen psychischen Belastungen eine Situation fortschreitender sozialer Entfremdung. Die sozialen Fragmentierungen unterlaufen nicht zuletzt auch Möglichkeiten kollektiven Protestverhaltens.<sup>23</sup> Gleichzeitig profiliert sich die rechts-extremistische Serbische Radikale Partei (SRS) des vor dem Jugoslawien-Tribunal in Den Haag angeklagte ehemaligen Paramilitärführers Vojislav Šešelj mit einer aggressiven populistisch-nationalistischen Rhetorik als stärkste politische Kraft.

## **Metamorphosen der Gewalttäter: Staatsapparate, Paramilitärs, politische und kriminelle Unternehmer**

Waren jeweils die Mehrheiten der Bevölkerungen der unterschiedlichen Republiken des ehemaligen Jugoslawiens unabhängig ihrer ethnisch/nationalen (Selbst-)Definition<sup>24</sup> die großen Verlierer der Kriege der 90er Jahre, gibt es auf allen Seiten auch Gewinner, die als "ratni profiteri" (Kriegsprofiteure), "mafijaši" (Mafiosi), "biznismeni" (Geschäftsmänner) und "novi bogataši" (Neureiche) bezeichnet werden. Bei den Kriegsgewinnlern handelt es sich hauptsächlich um die Akteure der kriminell-institutionellen Komplexe, die in einer großen Vermischung von paramilitärischen Kampfeinheiten, Mafiaorganisationen, politischen Parteien und Wirtschaftsunternehmen mit Staatsorganen, vor allem dem Geheimdienst und den Polizeistrukturen, herausgebildet wurden.<sup>25</sup>

### **a) Einheit für Spezialoperationen (JSO) und Zemun Klan**

Für die interessierte westliche Öffentlichkeit war es einigermaßen erstaunlich, als sie nach dem Mord am serbischen Premierminister Zoran Djindjic am 12. März 2003 aus der Presse erfuhr, dass als mutmaßlicher Drahtzieher für das Attentat der kürzlich ausgewechselte Kommandant der Polizei-Eiltetruppe Einheit für Spezialoperationen (JSO), Milorad Lukovic alias Legija, verantwortlich gemacht wurde, und dieser gleichzeitig Boss des Drogenkartells Zemun Klan sei. In Serbien und den anderen ehemals jugoslawischen Staaten verwunderte diese Nachricht dagegen kaum. Die Zusammenarbeit von Politikern, Unternehmern und Staatsorganen, vor allem der Exekutive, mit Mafiaorganisationen gehört schlicht zur gesellschaftlichen Realität. Wenn dies auch in vielen Ländern der Welt keine Ausnahme ist, tritt in den ehemals jugoslawischen Ländern hinzu, dass Mafiaorganisatio-

nen und bestimmte Polizeikräfte sich zu erheblichen Teilen aus ehemals paramilitärischen Gruppen rekrutieren, die in den Kriegen eingesetzt waren, und deren Führer sich in der Öffentlichkeit als "Nationalhelden" portraituren (lassen). Die schwer zu durchschauenden und immer wechselnden mafiös-politisch-unternehmerischen Allianzen bilden einen äußerst repressiv wirkenden politischen Faktor, der die Bürgerinnen und Bürger permanent auf ihre politische Ohnmacht verweist. Die weit verbreitete Abwendung von Politik, die sich u.a. in niedriger Wahlbeteiligung ausdrückt, könnte daher zumindest teilweise als ermutigendes Zeichen dafür gewertet werden, dass relevante Bevölkerungsteile sich diesem Zustand zu verweigern versuchen, wenn sie nicht einer Grundstimmung politischer Apathie Vorschub leisten würden, die von der Alternativenlosigkeit des bestehenden Zustandes ausgeht.<sup>26</sup>

Die Karriere des Milorad Lukovic alias Legija steht beispielhaft für die Vermischung von Paramilitarismus, Staatsorganen und Kriminalität. Der heute 35-jährige Sohn eines Offiziers geriet als Jugendlicher Mitte der 80er Jahre wegen kleinerer krimineller Delikte in Konflikt mit den Staatsorganen und entzog sich einer drohenden Verhaftung durch Auswanderung nach London. Dort jobbte er zunächst als Türsteher in Diskotheken und verpflichtete sich 1987 bei der französischen Söldnertruppe Fremdenlegion (daher der Spitzname Legija = Legionär). Nach mehreren Einsätzen desertierte Lukovic 1992 und schloss sich im beginnenden Krieg in Jugoslawien der Serbischen Freiwilligen Garde (SDG) des Paramilitärführers Zeljko Raznatovic alias Arkan an, der hauptsächlich aus den nationalistischen Hooligans des Belgrader Fußballvereins Roter Stern eine kampftüchtige Truppe geschmiedet und mit Unterstützung des Geheimdienstes ausgerüstet hatte.

Lukovic nahm an Kampfeinsätzen in Kroatien und Bosnien-Herzegowina teil und avancierte schnell zum Kommandant eines Truppenteils, der für zahlreiche Kriegsverbrechen und Plünderungen verantwortlich gemacht wird. Mitte der 90er Jahre begann er wie viele Paramilitärs in wirtschaftliche Unternehmen zu investieren. Während Arkan im aufgrund des Wirtschaftsembargos lukrativen illegalen Benzinhandel aktiv war, übernahm Lukovic die Belgrader Diskothek Zombi. 1996 wurde er dann Kommandant der offiziell dem Innenministerium unterstellten Einheit für Spezialoperationen. Etwa die Hälfte der Angehörigen dieser auch im Kosovo aktiven Einheit bestand aus ehemaligen Arkan-Tigern.

Der Machtwechsel im Herbst 2000 brachte für Lukovic keinen Karriereknick. Im Gegenteil: Während eines geheim gehaltenen Treffens am Abend vor dem Sturm auf das Parlament vereinbarten Djindjic und Lukovic, dass die JSO nicht wie von Milošević befohlen gegen die Opposition vorgehen würde, wenn im Fall eines Macht-

22) Diese Inflationsschwellen entwertete alle in Dinar angesparten Vermögen. Vor allem "Gastarbeiterfamilien" waren durch Ersparnisse in Devisen von der Entwertung nicht so stark betroffen. Ein durchschnittlicher Monatslohn in Belgrad im Jahr 1993 lag bei etwa 2 DM (sic!), oft wurde er aber in Form von Naturalien ausgezahlt.

23) Zwar gibt es in Serbien-Montenegro eine große Anzahl von Streiks und Arbeiterprotesten, diese stehen allerdings meist unter klientelistischer Führung und stellen kaum Ansätze sozialer und politischer Selbstorganisation dar.

24) Entgegen den Behauptungen der Nationalisten sind Nationen politische Konstruktionen der Gegenwart, auf dem Balkan sogar besonders junge, was die verbreitete Rede vom "tausendjährigen Hass" besonders absurd macht. Bis in das 19. Jahrhundert gab es auf dem multiethnischen Balkan kein durchgesetztes "nationales Bewusstsein", das zur Konstitution von Nationen hätte führen können. Seither haben sich auf den schwankenden Grundlagen von Sprache und Religion Nationen konstituiert. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen. Vgl.: Sundhaussen, Holm: Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung bis zum Staatszerfall, Mannheim 1993, S.9ff.

25) Zur politisch intendierten Strategie der Paramilitarisierung vgl. Kanzleiter, Boris: Jugoslawiens multiethnische Kriegsgewinnler. Paramilitarismus zwischen Krieg, Ethnisierung und kriminell-institutionellen Komplexen, in: Azzellini, Dario/Boris Kanzleiter (Hg.): Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung, Berlin 2003.

26) In Serbien-Montenegro sind 2002/2003 drei Anläufe zu einer Präsidentenwahl an mangelnder Wahlbeteiligung gescheitert.

wechsels die Struktur der JSO erhalten bliebe. Die dabei ausgehandelte Unantastbarkeit nutzte Lukovic, um mit Mitgliedern der Mafia aus den Belgrader Stadtteilen Zemun und Surcin eine fast monopolartige Stellung im Drogenhandel aufzubauen. Im Frühjahr 2001 kommandierte er die Festnahme Milošević. Nach verschiedenen Konflikten mit der Djindjic-Regierung wurde er zwar als Kommandant der JSO abgelöst, blieb aber mit Mitgliedern der Einheit auch nach der offiziellen Auflösung der JSO weiter eng verbunden.

## b) Serbische Oligarchen

Das zivile Pendant zu den (para-)militärisch-mafiösen Kriegsgewinnlern bieten die zahlreichen dubiosen Geschäftsmänner, die während der Kriegsjahre teilweise veritable international agierende Unternehmen aufgebaut haben und heute, ähnlich wie die sog. Oligarchen in Russland, über erheblichen politischen Einfluss verfügen. Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges dieses Unternehmertypes war und ist ihre intime Nähe zum politischen Regime. Im Austausch für politische Loyalität und finanzielle Unterstützung erteilten Regierungspolitiker eine Reihe von profitablen Monopolen an einen kleinen Kreis von Unternehmern, die meist ohne relevantes Eigenkapital mustergültige Karrieren antraten.

Der vielleicht erfolgreichste Oligarch heißt Bogoljub Karic. Der Folkloresänger aus dem Kosovo schloss in den 80er Jahren eine enge Freundschaft mit dem erfolgreichen Politaufsteiger Slobodan Milošević. Nachdem Karic in den 80er Jahren mit seiner Band noch von Gasthaus zu Gasthaus getingelt war, verhalf ihm Milošević durch eine ohne öffentliche Ausschreibung erteilte Lizenz für das erste private Mobiltelefonnetz in der SRJ zu seinen ersten Dollar-Millionen. Heute verfügt Karic neben dem Telefongeschäft über eine eigene nach ihm benannte Fernsehanstalt (BK), eine Privatuniversität, eine wohltätige Stiftung und zahlreiche Firmen im Ausland, vor allem in Russland. Im April 2004 kündigte er an, eine eigene Partei zu gründen und für die Präsidentschaftswahlen im Juni zu kandidieren. War Karic bereits unter Milošević zeitweise "Minister ohne Geschäftsbereich", geriert er sich heute als entschiedener "Pro-Europäer" und lässt seinen Namen auf kostenlos verteilten Wahlkampfmaterialien wie T-Shirts mit den Sternen der EU umrahmen.

Ähnlich wie für die Paramilitär- und Mafieführer war für die Oligarchen die Kriegssituation und die damit verbundene Informalisierung das Medium ihres wirtschaftlichen Erfolges. Nach (und teilweise vor) dem Machtwechsel 2000 arrangierten sie sich schnell mit den neuen Machthabern. Tatsächlich bietet den Oligarchen gerade die in den vergangenen vier Jahren forcierte Privatisierungspolitik Möglichkeiten zu weiterem Machtgewinn. Aufgrund der fortgesetzten politischen Instabilität sind internationale Unternehmen kaum an Investitionen in serbische Unternehmen interessiert, was angesichts

des Kapitalmangels in Serbien ihre drastische Unterbewertung zur Folge hat. So entsteht eine El-Dorado-Situation für Unternehmer aus dem polit-mafiösen Milieu. In den Auktionen, bei denen die zu privatisierenden ehemaligen Staatsunternehmen unter den Hammer kommen, kann mit relativ wenig Kapital relativ viel ersteigert werden. Nach Schätzungen von Branko Pavlovic, dem Präsidenten der staatlichen Agentur für Privatisierung (vergleichbar mit der Treuhandanstalt in Deutschland), haben nur etwa 20 kapitalkräftige Einzelpersonen bzw. deren Unternehmen, teilweise mittels Strohmänner, den größten Teil der bisher privatisierten Unternehmen in Serbien gekauft. Die Kriegsgewinnler transformieren sich so mittels der von der "internationalen Gemeinschaft" zur Bedingung für eine Annäherung an den Westen gemachten forcierten Privatisierung zu einer neuen Unternehmerklasse, die freilich ihr pragmatisches Verhältnis zum Rechtsstaat beibehält. Mit oft kriminellen Praktiken erwirtschaftetes Kapital wird legalisiert.

## c) Das Kosovo-Schutz-Korps (KPC)

Auch im UN-Protectorat Kosovo, der wirtschaftlich schwächsten Region des ehemaligen Jugoslawiens, brach die Industrieproduktion im Kontext des albanisch-serbischen Konfliktes ab Ende der 80er Jahre fast vollständig zusammen. Einkommen kann die lokale Bevölkerung heute hauptsächlich aus drei Quellen erzielen.<sup>27</sup> Erstens durch eine Beschäftigung als zivile Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Köche, Fahrer, Übersetzer, Friseure, Putzfrauen etc.) bei den zahlreichen Institutionen der Protectoratsverwaltungen, KFOR und Nichtregierungsorganisationen mit ihren mehreren zehntausend außerordentlich gut bezahlten internationalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.<sup>28</sup> Zweitens durch Überweisungen von Angehörigen aus der großen albanischen Diaspora.<sup>29</sup> Drittens durch Aktivitäten im informellen Sektor, und hier vor allem im Bereich der Kriminalität. Nach der Einschätzung des US-Außenministeriums verläuft der Absatzmärkte in Europa versorgende internationale Drogenhandel zu einem erheblichen Teil über Kosovo (und den restlichen südlichen Balkan). Nach Schätzungen des UN-Kinderhilfswerks UNICEF werden jedes Jahr 120.000 Frauen und Kinder aus Ost- und Südosteuropa meist zur Zwangsprostitution in die Länder der Europäischen Union verkauft, ein erheblicher Teil davon über das Kosovo (und den restlichen südlichen Balkan). Wie der UNICEF-Bericht deutlich macht, ist die Präsenz von Tausenden männlichen Mitarbeitern der internationalen Organisationen auch für die Ausbreitung von Prostitution in Kosovo von großer Bedeutung, wo sie für über 70 Prozent des Umsatzes in den florierenden Bordellen sorgen.<sup>30</sup>

Die Strukturen der Organisierten Kriminalität konnte sich im Kosovo nicht zuletzt deshalb so erfolgreich ausbreiten, weil sie eng mit den paramilitärischen Akteuren, vor allem der Kosovo-Befreiungsarmee UCK, verwoben sind,

27) 2003 machte der Anteil der internationalen Hilfe am Bruttosozialprodukt des Kosovo etwa 50 Prozent aus. Weitere 30 Prozent wurden durch Überweisungen aus der Diaspora erwirtschaftet und nur 20 Prozent durch die lokale Wirtschaft. In 2003 entsprach der Anteil von Exporten an Importen nur 4 Prozent. Vgl. International Crisis Group (ICG): Collaps in Kosovo, 22.4.2004. [www.crisisweb.org](http://www.crisisweb.org)

28) Die seit Sommer 1999 in Kosovo stationierte KFOR Truppe verfügte über bis zu 50.000 Mitglieder. Zusätzlich sind über 4.000 internationale Polizisten stationiert. Der Verwaltungsapparat der UNMIK sowie OSZE, UNHCR, internationale NGO etc. beschäftigen ebenfalls mehrere tausend "Internationale".

29) Schätzungen von 1999 gehen davon aus, dass neben den zwei Millionen Albanern im Kosovo etwa 250.000 Kosovo-Albaner in Deutschland, 150.000 in der Schweiz sowie 600.000 Albaner in den USA leben. Vgl. Andrees, Beate: Staatsauflösung und Kriegsfinanzien: Zur Rolle der Kriminalität im Kosovo Konflikt, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Heft 124, 31. Jg. (2001), S. 411-427. Hier, S. 416f.

30) Vgl. UNICEF: Trafficking in Human Beings in South Eastern Europe; Juni 2002; [www.unicef.de](http://www.unicef.de)

die sich im Verlauf der 90 Jahre formiert hatten und nach dem NATO-Bombardement 1999 – trotz ihrer formalen Demobilisierung – entscheidenden politischen Einfluss und Kontrolle im Kosovo ausüben. Einen wichtigen Anteil an dieser auf Dauer Instabilität produzierenden Entwicklung hatten die Institutionen der "internationalen Gemeinschaft". Diese setzte nicht nur vor und während des NATO-Bombardements auf die UCK als verbündeten politischen und militärischen Faktor, sondern bindet die aus der UCK entstandenen politischen und militärischen Strukturen auch nach der Aufrichtung des Protektorates im Sommer 1999 als vermeintliche Ordnungsfaktoren in ihre Kontrollmacht ein. So wurde 1999 als Auffangbecken für demobilisierte UCK-Kämpfer das über 3.000 Mitglieder starke Kosovo-Protection Korps (KPC) gegründet, das seither einen wichtiger Faktor der Nachkriegsgesellschaft darstellt und sich eindeutig gegen den Geist der UN-Sicherheitsrats-Resolution 1244, die den gegenwärtigen Status des Kosovo regelt, als Kern der Armee eines zukünftigen souveränen Kosovo definiert. Obwohl eine große Anzahl der KPC-Offiziere entweder als Kriegsverbrecher<sup>31</sup> identifiziert wurde, terroristische Organisationen<sup>32</sup> unterstützt oder ihnen Aktivitäten in der Organisierten Kriminalität vorgeworfen wird, genießt das KPC nicht nur Bezahlung durch die UNMIK, sondern auch lange Zeit Militärberatung und Ausbildung.<sup>33</sup> Die UN-Verwaltung setzte sich mehrmals erfolgreich dafür ein, dass sich der mit internationalem Haftbefehl gesuchte KPC-Generalstabschef Agim Ceku weiter auf freiem Fuß bewegen und eine entscheidende Rolle in der kosovarischen Innenpolitik spielen kann. Die Straflosigkeit der Kriegsverbrechen albanischer Nationalisten und deren Einbindung als vermeintliche Ordnungsfaktoren im internationalen Protektorat wird im Westen wahrscheinlich erst in dem Moment als Problem erkannt werden, in dem sich extremistische albanische Nationalisten gegen die UNMIK und KFOR als "Besitzer" richten. Einen Vorgeschmack auf diese absehbare Entwicklung stellt das Pogrom im März 2004 dar. Dabei griffen nach Schätzungen der UNMIK-Polizei zeitgleich an 33 Orten etwa 51.000 (sic!) teilweise bewaffnete albanische nationalistische "Demonstranten" systematisch die Enklaven der serbischen Minderheit und Roma an. Etwa 700 Häuser und 30 orthodoxe Kirchen wurden abgebrannt, 4.500 Menschen vertrieben und 19 ermordet. Gleichzeitig richteten sich die Angriffe auch gezielt gegen die UNMIK und KFOR-Truppen.<sup>34</sup>

## Fazit

Trotz der medialen Stille über die Situation in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens ist die Region weit entfernt von politischer Stabilität. Während der Kriege entstandene Strukturen, in denen mafiöse, unternehmerische und politische Interessen verschmelzen, stellen auch über die Einstellung der Kriegshandlungen hinaus entscheidende Machtfaktoren dar. Entstanden ist eine Kriegswirtschaft ohne Krieg. Trotz permanent wiederholter Diskurse der "internationalen Gemeinschaft" über Demokratisierung, Stärkung der Zivilgesellschaft, Multikulturalität und soziale Entwicklung muss konstatiert werden, dass wichtige Bestandteile der konkreten westlichen Einflussnahme gegenteilige Effekte erzielen. Dies gilt in Serbien insbesondere für die forcierte Privatisierungspolitik. Diese erzeugt neben sozialen Unsicherheiten, die einerseits dem grassierenden Rechtsextremismus in die Hände spielt, andererseits Möglichkeiten für die Kriegselite, sich in eine neue Unternehmerklasse zu transformieren. Im Kosovo gilt dies insbesondere für die Einbindung von aus der UCK hervorgegangenen politisch-militärischen Strukturen mit Verbindungen zu terroristischen Aktivitäten und zur Organisierten Kriminalität als vermeintliche Ordnungsfaktoren. Haben die Kriege im ehemaligen Jugoslawien neben einer nahezu vollständigen Ethnisierung von Politik und der Ausschaltung emanzipatorischer politischer Ansätze in erster Linie politischen Autoritarismus und soziale Exklusion verstärkt oder geschaffen, drohen diese sich so auf Dauer zu verfestigen.

***Boris Kanzleiter** ist Journalist und Historiker. Er arbeitet mit Förderung der Hans Böckler Stiftung an einer Promotion über studentische Protestbewegungen im Jugoslawien der 1960er/1970er Jahre. Er lebt zur Zeit in Belgrad.*

31) Im Kosovo sind seit der NATO-Intervention 1999 von albanischen Nationalisten über 250.000 Serben und Roma vertrieben worden und über tausend Minderheitenangehörige ermordet worden. Während die UNMIK-Justiz (und das ICTY in Den Haag) die Kriegsverbrechen an der serbischen Minderheit und den Roma bisher nicht verfolgen, und damit eine Klima der Straflosigkeit schaffen, wurden seit Sommer 2003 einige ehemalige UCK-Mitglieder, darunter eine Reihe von KPC-Mitgliedern, wegen Morden an albanischen Gegnern der UCK verhaftet und verurteilt. Vgl. Bericht von amnesty international 2003, <http://web.amnesty.org/library/Index/ENGEUR700102003?open&of=ENG-YUG>

32) Mindestens 12 Mitglieder des KPC waren gleichzeitig Mitglieder der von der UNMIK-Verwaltung als "terroristisch" eingestufteten Albanischen Nationalarmee (AKSh), die seit 2002 durch zahlreiche Bombenanschläge auf sich aufmerksam macht. Nur gegen den Widerstand Cekus wurden die AKSh Mitglieder aus dem KPC entlassen. Vgl. Nachrichtenagentur Beta: Holkeri suspends Protection Corps officers, 3.12.2003.

33) Offiziell stellte die KFOR im Mai 2003 das militärische Training von KPC Offizieren im Ausland ein, nachdem erwiesen wurde, dass KPC-Offiziere Terroranschläge der AKSh organisiert hatten. Vgl. Nachrichtenagentur Beta: Kosovo Protection Corps cleared for training, 27.5.2003.

34) Vgl. International Crisis Group (ICG): Collaps in Kosovo, 22.4.2004. [www.crisisweb.org](http://www.crisisweb.org)

Dario Azzellini

## Vom Plan Colombia zum Plan Patriota

### Das kolumbianische Kriegsmodell im Wandel

Kolumbien ist reich. Es besitzt Erdöl, Kohle, Gold, Smaragde, Wasser, Biodiversität und viele andere Naturressourcen. 400 der 500 größten US-Unternehmen investieren in dem Land, das für die USA als Erdöllieferant an fünfter Stelle steht und darüber hinaus große Mengen Bananen, Schnittblumen und Kaffee exportiert. Die Ausbeutung der Naturressourcen und Arbeitskräfte wird seit Jahrzehnten mittels eines Krieges gegen die Bevölkerung sicher gestellt. Armee, Polizei, Regierung, Viehzüchter, Drogenunternehmer, Paramilitärs, US-Army, US-Geheimdienste, die US-Drogenbehörde DEA, transnationale Konzerne und seit einem knappen Jahrzehnt auch Private Military Contractors (PMCs) arbeiten dabei in wechselnden Konstellationen zusammen, um ihre gemeinsamen Interessen gegenüber Bauernorganisationen, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und vor allem einer kontinuierlich wachsenden bewaffneten Aufstandsbewegung zu schützen.

### Die Ökonomie des Paramilitarismus

Die selbst in den lateinamerikanischen Krisenzeiten hohen Wachstumsraten des Landes wurden in den letzten Jahren durch ein knallhartes Sparprogramm, die starke Abwertung des Peso, die völlige Freigabe der Wechselkurse zum Dollar und einen Frontalangriff auf Arbeitnehmerrechte mit drastischer Reallohnsenkung weiter gefestigt. Dabei gipfelte die kolumbianische Variante neoliberaler "Reform" 1999 im "Plan Colombia". Der von der Regierung Pastrana in Zusammenarbeit mit der US-Administration aufgelegte Plan sollte das immer weiter zu Gunsten der Guerillaorganisationen und sozialen Bewegungen kippende Gleichgewicht wieder umkehren und den Investoren weiterhin traumhafte Gewinne garantieren.

Sein Gesamtvolumen betrug 7,558 Milliarden Dollar, der Großteil der Gelder kam aus den USA und sollte überwiegend für militärische und polizeiliche Zwecke verwendet werden. Belief sich die Militär- und Polizeihilfe aus den USA 1997 nur 88,56 Millionen Dollar, stieg sie im Jahr 2000 ganze 765,32 Millionen, sank 2001 auf 224,68 Millionen, stieg bis 2003 wieder auf 605,10 Millionen und wird für 2004 und 2005 auf 551,32 bzw. 574,15 Millionen Dollar geschätzt.<sup>35</sup> Parallel dazu be-

trägt das Wirtschaftswachstum 2002 1,7 Prozent. Unter dem ab Mitte 2002 regierenden rechtsextremen Präsidenten Álvaro Uribe Veléz wird die neoliberale Umstrukturierung noch aggressiver voran getrieben. 2003 stieg das Wirtschaftswachstum denn auch auf 3,5 Prozent und wird für 2004 auf 3,6 Prozent geschätzt, nicht nur für ein Land im Krieg ein beachtliches Ergebnis. Hier wird deutlich, wie der Krieg nicht etwa die Ökonomie unterbricht, sondern umgekehrt die Grundlage der enormen Gewinne darstellt. Das BIP Kolumbiens betrug 2002 109,1 Milliarden Dollar und wurde in Südamerika nur von Brasilien und Argentinien übertrumpft.<sup>36</sup>

Der Plan Colombia vervielfachte die Zahl der Berufssoldaten und verzwanzigfachte die der Armeehubschrauber, Überwachungsflugzeuge und Militärberater. Zugleich stieg die Anzahl der hauptsächlich in den "Vereinten Selbstverteidigungskräften Kolumbiens" (AUC) organisierten "Paramilitärs" von 5.000 auf 13.000.<sup>37</sup> Das primäre Ziel der in den 1950er Jahren entstandenen, formell illegalen Todesschwadronen ist die Verteidigung des herrschenden Machtgefüges und privatwirtschaftlicher Interessen durch physische Vernichtung jeglicher Opposition. Direkten Gefechten mit der Guerilla gehen sie aus dem Weg, ihre Angriffe gelten unbewaffneten Zivilisten, Bauern, Gewerkschaftern, Menschenrechtsaktivisten, linken Parteien und Organisationen, letztlich allen Ansätzen von Selbstorganisation, unter dem schrecklichen Begriff "sozialer Säuberungen" auch Kleinkriminellen, Obdachlosen, Straßenkünstlern, Homosexuellen, Sex-Arbeiterinnen, Straßenkünstlern. Dabei gehen sie mit äußerster Gewalt vor, foltern ihre Opfer und zerteilen sie lebend mit Kettensägen. Allein 2002 verübten die Paramilitärs mehr als 400 Massaker mit mehr als 2.000 Toten. Sie haben sich den Großteil des Drogenbusiness unter den Nagel gerissen, kontrollieren die Schlüsselrouten des Drogenhandels, die Geldwäsche und mittlerweile etwa 70 Prozent der Drogenexporte.

### Demobilisierung und Legalisierung

Mit Álvaro Uribe kam faktisch der Kandidat der Paramilitärs und damit der blutigste Flügel der rechtsextremen Oligarchie an die Macht. Der neue Präsident setzte von Beginn an auf eine Intensivierung des Krieges, verhängte

35) Vgl. CIP Colombia Project: U.S. Aid to Colombia Since 1997: Summary Tables, [www.cipoline.org/colombia](http://www.cipoline.org/colombia), Mai 2004

36) Alle Wachstumswerte nach Global Insight in: La Repubblica, 17.5.2004

37) Die Angaben über die ihre Anzahl schwanken beträchtlich. Die Paramilitärs selbst geben mehr als 20.000 Kombattanten an, das Friedensforschungsinstitut Indepaz ([www.indepaz.org.co](http://www.indepaz.org.co)) geht 2003 von 12.500 Paramilitärs aus. Inzwischen dürfte ihre Anzahl etwas gestiegen sein, daher geht der vorliegende Text von 13.000 aus. Zu Geschichte und Struktur des Paramilitarismus vgl. meinen Aufsatz Kolumbien. Versuchslabor für privatisierte Kriegführung. In: Dario Azzellini/Boris Kanzleiter, Das Unternehmen Krieg, Berlin 2003; Außerdem: Raul Zelik, Ursachen der Gewalt. In: Raul Zelik/Dario Azzellini, Kolumbien – Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung, 1999.

fünf Tage nach Amtsübernahme den Ausnahmezustand und stellte 26 Bezirke im Norden und drei in Arauca als Sonderzonen unter direkte Kontrolle der Armee. Zugleich begann die Regierung mit dem Aufbau eines landesweiten Spitzelnetzes, das eine Million zum Teil mit Kriegswaffen ausgerüstete Menschen in die Informationsstrukturen der Armee einbinden soll. Darüber hinaus sollen die 168.000 Mann starke Armee um 30.000 Berufssoldaten aufgestockt und in Schnellkursen weitere 20.000 "Bauernsoldaten" ausgebildet werden: legale Paramilitärs, die als "Dorfschützer" in ihren Herkunftsgemeinden leben. Die Wehrpflicht wurde um sechs Monate verlängert und 10.000 Armeereservisten und 20.000 pensionierte Polizisten wieder in die Verteidigungsstrukturen integriert.

Die enorme Aufrüstung und vor allem die durch den Plan Colombia erlangte Lufthoheit macht der Guerilla FARC das Agieren in großen Verbänden nahezu unmöglich und damit allerdings das bisherige Paramilitärmodell zunehmend überflüssig. Zugleich verändert sich das kolumbianische Herrschaftsmuster zunehmend in Richtung einer Enklavenökonomie: ökonomisch interessante Regionen werden gezielt massiv militärisch geschützt, während der Rest des Landes nur noch mit Bombardements oder massiven, aber zeitlich beschränkten Militäraktionen überzogen wird. Konsequenterweise wurde die AUC Mitte 2002 formell aufgelöst und angeblich ohne Beteiligung der in Drogengeschäfte und schwere Menschenrechtsverletzungen verwickelten Verbände reorganisiert. Die "neue" AUC kündigte Ende 2002 einen einseitigen Waffenstillstand ab dem 1. Dezember an, forderte im Gegenzug allerdings ihre Anerkennung als eines politischen und militärischen Akteurs, "Passierscheine" für ihre des Drogenhandels angeklagten Führer, die Freilassung von über 1.000 Inhaftierten und Straffreiheit für die noch aktiven "Kameraden". Da die meisten der von ihr kontrollierten Gebiete allerdings umkämpft sind, war die Reichweite des Waffenstillstands nicht groß: bis heute agieren die Paramilitärs militärisch, wobei es nach wie vor zu Massakern an der Zivilbevölkerung kommt.

Dennoch begannen im Januar 2003 ohne weitere Vorbedingungen die Gespräche mit der Regierung. Anfang Juli 2003 wurde überraschend bekannt gegeben, die Paramilitärs würden ihre Waffen bis Ende 2005 vollständig abgeben. Seit Beginn der konkreten Verhandlungen zum Demobilisierungsprozess im Januar 2003 drang über deren Inhalte und Verlauf allerdings so gut wie nichts in die Öffentlichkeit, auch ein zwischenzeitlich erreichtes Abkommen schaffte wenig Klarheit. So wird darin nicht erwähnt, wie mit schweren Menschenrechtsverbrechen und Verstößen gegen das internationale humanitäre Recht, offenen Verfahren und bereits verurteilten Paramilitärs umgegangen werden wird. Dabei ist es grundsätzlich falsch, überhaupt von "Friedensgesprächen" zu reden, da sich die Paramilitärs niemals im Krieg mit der Regierung befanden, sondern mit umfangreicher Unterstützung der Armee stets gegen große Teile der Bevölkerung gekämpft haben. Tatsächlich geht es um eine elegante "Wiedereingliederung" des geheimen Partners der

Armee in legale Strukturen: nach Jahren zuverlässiger Dienste soll ihnen ein würdiger Abgang ermöglicht werden, der auch ausschließt, dass sie gegen ihre Partner aussagen.

## Fortsetzung folgt

Die einzige bisher vollzogene "Demobilisierung" bestätigt diese Vermutung. Dabei wurden am 25. November 2003 bei einer als Propagandashow inszenierten Veranstaltung in Medellín 855 Angehörige der AUC vermeintlich demobilisiert. Alle zusammen gaben gerade mal 110 Kalashnikov-Schnellfeuergewehre, einige automatische Pistolen, Revolver, Jagdgewehre und selbst gefertigte Waffen ab.<sup>38</sup> Bewohner verschiedener Viertel Medellins klagen denn auch weiterhin über die Präsenz der Paramilitärs, die in der Stadt nach wie vor ihren Drogengeschäften nachgehen und die versprochene Straffreiheit nutzen, um die Beute ihrer Raubzüge zu legalisieren. Die reicht von den Häusern und kleinen Feldern der Flüchtlinge, die an einfache Paramilitärs oder Sympathisanten verteilt wurden bis hin zu den mehr als sechs Millionen Hektar Land, die sich allein die Familie Carlos Castaños, eines der AUC-Kommandanten, angeeignet haben soll. Hinzu kommen die immensen Drogeneinnahmen. Darüber hinaus wird vermutet, dass die Paramilitärs die "Demobilisierung" zur Versorgung von Bandenjugendlichen nutzen werden, die die soziale Basis ihres rechtsextremen politischen Projekts bilden sollen, während die "harten Kämpfer" direkt in die Armeestrukturen integriert werden. Die "Demobilisierten" von Medellín bestätigten diesen Verdacht: sie waren mehrheitlich auffällig jung, die meisten seit höchstens einem Jahr dabei. Das Ereignis wurde landesweit vom Staatsfernsehen ausgestrahlt und von José Miguel Vivanco, Amerika-Direktor der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW), als "Spektakel der Straflosigkeit" bezeichnet.<sup>39</sup>

Nach Übergabe der Waffen wurden die Paramilitärs 41 km von Medellín entfernt in die Ortschaft La Ceja gebracht, wo sie "resozialisiert" werden sollten. Nur drei Wochen später kehrten sie mit Krediten und Jobs in die Stadtteile zurück, die sie zuvor noch terrorisiert hatten. 698 von ihnen wurden von kommunalen Behörden eingestellt, 200 sogar von einem kommunalen Wachunternehmen, das in den Stadtteilen patrouilliert.<sup>40</sup> Schon zehn Tage vor der "Demobilisierung" meldete Amnesty International, dass Paramilitärs zunehmend von privaten Wachdiensten "recycelt" würden, während andere im Rahmen des "Bauernsoldaten"-Programms der Armee Waffen und Uniformen bekämen.<sup>41</sup>

Im April 2004 legte die Regierung dem Parlament eine Gesetzesinitiative vor, um die Auslieferungen von "Mitgliedern bewaffneter Gruppen" einzuschränken – obwohl die meisten Zusagen der Paramilitärs weiterhin unerfüllt blieben. Der einseitige Waffenstillstand ist faktisch inexistent, versprochene Rückzüge etwa aus der Erdölstadt Barrancabermeja, die sie in den vergangenen Jahren mit Unterstützung der Armee und Polizei unter ihre

38) El Tiempo 25.11.2003, [www.eltiempo.com](http://www.eltiempo.com)

39) El Tiempo 25.11.2003, [www.eltiempo.com](http://www.eltiempo.com)

40) El Tiempo 17.12.2003, [www.eltiempo.com](http://www.eltiempo.com)

41) El Tiempo 16.11.2003, [www.eltiempo.com](http://www.eltiempo.com)

Kontrolle gebracht hatten, finden nicht statt. Mittlerweile erklären die Paras offen, dass es keine weiteren Entwaffnungen geben wird. In einem Kommuniqué auf ihrer Website zeigen sie sich unzufrieden mit dem Vorschlag der Regierung, besonders schwere Verbrechen mit fünf bis zehn Jahren Haft zu bestrafen. Freiheitsstrafen oder die Auslieferung der wegen Drogenhandel Gesuchten in die USA lehnen sie kategorisch ab. Eine seltsame Wendung erhielten die Verhandlungen zwischen Mitte April und Mitte Mai. Zunächst hieß es, dass am 16. April ein Attentat auf Carlos Castaños verübt worden sei. Dann berichtete seine Ehefrau Kenia Gómez, die Kolumbien wenige Tage später verließ, es seien vier seiner Leibwächter getötet worden, während er selbst entkam und sich nun versteckt halte. Gesehen hat ihn seitdem allerdings niemand mehr. Viel spricht dafür, dass er zum Opfer interner Kämpfe wurde. In der regierungsnahen El Tiempo wurde Castaño mittlerweile zum Repräsentanten des moderaten, sauberen und vernünftigen Teil der Paramilitärs stilisiert, ohne den die Verhandlungen mit der Regierung scheitern könnten. Parallel dazu streuten regierungsnahen Quellen in den Medien, der Verhandlungsprozess befände sich in seiner schwierigsten Etappe und stehe vor einem möglichen Scheitern.

Anfang Mai wurde schließlich in der Nähe des Landgutes im Bezirk San Pedro de Urabá, im Nordosten Kolumbiens, auf dem der Anschlag stattgefunden haben soll, ein Grab mit mehreren Leichen gefunden – die Castaños war nicht dabei. Häufig werden nun Parallelen zu seinem Bruder und Vorgänger Fidel gezogen, einem der Gründer der Paramilitärkeimzellen und engem Kollaborateur der kolumbianischen und US-amerikanischen Sicherheitsdienste. Er verschwand 1995 unter mysteriösen Umständen, kam angeblich bei einem Unfall im Urwald ums Leben: hartnäckige Gerüchte wollen wissen, dass seitdem in Ruhe den mit Raub und Drogenhandel akkumulierten Reichtum genieße. Wie auch immer: bei seinem umfangreichen Wissen über das Drogengeschäft, die Armee, die Paramilitärs, die DEA und die CIA und deren Machenschaften in Kolumbien trachten ihm viele nach dem Leben... .

## Zentrum und Peripherie der Macht

Wie eng die Verbindungen der Paramilitärs zu den Zentren der Macht sind, bestätigten kürzlich zwei andere Chefs der Paras, Salvatore Mancuso und Diego Murillo Bejarano alias Adolfo Paz alias "Don Berna", als sie weiterhin auf vollständige Straffreiheit und die Ablehnung jedweder Auslieferungsgesuche pochten: "Wir existierten auf Verantwortung des Staates und der Regierungen, die uns dazu brachten, auf eigene Faust und mit unseren Mitteln für Gerechtigkeit und Sicherheit zu sorgen. Wenn sie von Knast reden, für das was wir getan haben, müssen sie alle mit uns gehen."<sup>42</sup> Prompt erklärte Uribe, dass wer die Auslieferung vermeiden wolle, der internationalen Gemeinschaft seinen guten Willen zeigen und damit ein politisch günstiges Klima schaffen

müsse. Mancuso bot daraufhin Unterstützung bei der Vernichtung von 50.000 ha Kokafeldern an, etwa die Hälfte der insgesamt in Kolumbien existierenden Anbaufläche.

Am 13. Mai unterschrieb die Regierung mit zehn Kommandanten, die 90 Prozent aller Paramilitärs repräsentieren sollen, einen Vertrag, nach dem im Bezirk Tierralta im Bundesstaat Cordoba eine Zone von 368 qkm geschaffen werden soll, in der sie sich samt ihrer Leibgarde (an die 400 Kämpfer) sammeln können, um weiter zu verhandeln. Zynischerweise haben die Paramilitärs die ehemals in der Region ansässige Landbevölkerung zum größten Teil vertrieben oder ermordet. Der Vertrag garantiert, dass die Parachefs dort Immunität gegenüber Haftbefehlen genießen. Außen wird das Gebiet hingegen von staatlichen Repressionsorganen überwacht werden. Damit erreichten die Paramilitärs einen weiteren wichtigen Sieg: Eine eigene Zone, in der sie sich frei bewegen und politisch agieren, auch Personen zu Gesprächen empfangen können, ohne dass diese Konsequenzen zu befürchten hätten – das also, was der Guerilla gerade verweigert wird. Zugleich bleibt der Großteil ihrer militärischen Kräfte weiterhin auf das gesamte nationale Territorium verteilt. Die Zone soll von der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) überwacht werden.

Allerdings sind die drei wesentlichen Punkte – Truppenkonzentration und Demobilisierung, Erfüllung und Überprüfung des Waffenstillstandes und das Gesetz zur Wiedergutmachung der von Paramilitärs begangenen Verbrechen – damit nicht erfüllt. Hinzu kommt, dass einige Paramilitärverbände gar nicht an den Verhandlungen teilnehmen, auch die Kräfte nicht, die die Erdölstadt Barrancabermeja terrorisieren. Der Paramilitärführer "Doble cero" alias "Rodrigo", der weder Teil der AUC noch an den Verhandlungen beteiligt ist, kritisierte die Errichtung der Sonderzone. Er selbst hatte den Verhandlungstisch verlassen, da die Regierung Uribe mit Drogenunternehmern verhandeln würde. Die Zone werde den "aktuellen Drogenunternehmern nicht nur als sicheres Operationszentrum dienen, von dem aus sie die Drogeproduktion und den Export weiter kontrollieren und die demokratischen Institutionen infiltrieren und korrumpieren werden. Sie wird darüber hinaus ihr Hauptquartier sein, um ihren Kampf gegen die Auslieferung zu führen".<sup>43</sup>

Der Verlauf der Verhandlungen mit den Paramilitärs wirft zahlreiche Fragen auf. Die im Friedensbündnis "Planeta Paz" zusammengeschlossene Basisorganisationen, die meisten Opfer paramilitärischer Angriffe, wiesen darauf hin, das bisher vorgelegte "Gesetz für Gerechtigkeit und Wiedergutmachung" diene den Paramilitärs allein zur Integration in die politischen Institutionen des Landes. Sie fordern daher, dass Nutznießer des Gesetzes für die gesetzlich vorgesehene Zeit ihre politischen Rechte nicht wahrnehmen und keine Ämter aufnehmen können. Auch scheint die von den Paramilitärs selbst angegebene und von der Regierung akzeptierte Anzahl ihrer Kämpfer weit übertrieben, zumal diverse Blöcke gar nicht am Verhandlungsprozess teilnehmen. Die Paramilitärs ihrerseits kündigten in einem Schreiben auch bereits die Fortsetzung ihres Kampfes an: "Während die terroristis-

42) González Posso, Camilo: Las muertes de Castaño, [www.indepaz.org.co/documentos.htm?x=28062](http://www.indepaz.org.co/documentos.htm?x=28062), 4.5.2004

43) El Tiempo 16.05.2004, [www.eltiempo.com](http://www.eltiempo.com)

tische Bedrohung der Guerilla weiter über Kolumbien liegt und der Staat sie nicht eindämmen kann, werden wir aktiv bleiben, auch im Rahmen legaler Verteidigungsmöglichkeiten, mit denen wir bereit sind zu kooperieren". Für die USA ist dieser Schritt notwendig, um die Militärhilfe für Kolumbien weiter erhöhen zu können, ohne sich immer stärkeren Kritiken aufgrund der Zusammenarbeit von Armee und Paramilitärs ausgesetzt zu sehen.

## Private Military Contractors

Zugleich werden militärische Aufgaben zunehmend von Private Military Contractors (PMCs) übernommen. PMC-Angestellte sind als Ausbilder, Überwachungsexperten, Flugzeugmechaniker, Piloten und Spezialteams für Polizei und Militär Kolumbiens tätig. Es sind ehemalige Angehörige von US-Eliteeinheiten und Ex-Militärs aus anderen Ländern, Veteranen aus Einsätzen in Vietnam, dem Persischen Golf und El Salvador. Teilweise verbringen auch aktive Mitglieder der verschiedenen US-Militäreinheiten ihren Urlaub als gut bezahlte Militär-Dienstleister. Die Gesamtzahl der in Kolumbien allein für US-Firmen tätigen PMCs wird auf 1.000 – 2.000 geschätzt. Auftraggeber sind das Pentagon, die DEA oder eine Sektion der Geheimdienste. Die Kontrolle der Operationen liegt direkt bei den USA, allerdings gibt es eine enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem kolumbianischen Militär und gewissen Kreisen der Herrschaftseliten.

In Kolumbien wie in den USA dienen die PMCs dazu, Institutionen aus Entscheidungsprozessen auszuschließen, ihnen und der Öffentlichkeit Informationen vorzuenthalten. So kann die vom US-amerikanischen Kongress für Kolumbien festgelegte Obergrenze von 400 US-amerikanischen Zivilisten und 400 Militärs umgangen werden, weil die Unternehmen einfach Personal aus anderen Ländern einstellen. Laut US-Regierung sind aktuell 279 US-Zivilisten für PMCs in Kolumbien tätig. Zudem lassen sich auch Auslandseinsätze durchführen, die sonst auf Widerstand stoßen könnten, denn nur Verträge mit einem Volumen über 50 Millionen Dollar müssen den Abgeordneten zur Abstimmung vorgelegt und somit öffentlich gemacht werden. PMCs dienen in Kolumbien faktisch versteckten Counterinsurgency-Einsätzen. So kann Maria Salazar, stellvertretende Staatssekretärin für Antidrogenpolitik im Außenministerium, vor einem Unterausschuss des Kongresses ruhig behaupten: "Das Verteidigungsministerium wird die Linie, die den Antidrogenkampf von der Aufstandsbekämpfung trennt, nicht überschreiten"<sup>44</sup> – für die ehemaligen Elitesoldaten, die nun von PMCs angestellt sind, gilt diese Einschränkung nicht. Und kommt ein PMC-Mitarbeiter bei einem Einsatz ums Leben, verursacht dies weit weniger Aufsehen, als der Tod eines US-Soldaten. Myles Frechette, ehemalige US-Botschafterin in Kolumbien, sagte dazu: "Es ist natürlich sehr praktisch, Einsatzkräfte zu haben die nicht Teil der US-Streitkräfte sind. Wenn jemand umkommt oder was auch immer geschieht, kann man sa-

gen: es war kein Angehöriger der Streitkräfte. Denn niemand will amerikanische Militärangehörige sterben sehen."<sup>45</sup>

Mitte Mai erlaubte die Verteidigungskommission des US-Senats eine Erhöhung der in Kolumbien anwesenden US-Militärs von 400 auf 500 und hob die Begrenzung der Anzahl der US-Mitarbeiter von PMCs – bisher ebenfalls 400 – gänzlich auf. Während die Zustimmung des Senats dafür noch aussteht, hat Präsident Uribe einen "Plan Patriota" aufgelegt, der eine umfangreiche Militäroffensive im Süden des Landes vorsieht, aus dem direkt nach Beginn der Militäroperationen Tausende Menschen flohen. Die Aufstockung der US-Truppen ist zur Unterstützung des "Plan Patriota" gedacht. Darüber hinaus sollen dieses Jahr mindestens zusätzliche 110 Millionen Dollar aus den USA nach Kolumbien fließen. Sie sollen für Ausbildung, Waffen, Nachtsichtgeräte und Kommunikationstechnik für Eliteeinheiten der kolumbianischen Armee dienen, welche die Operation anführen. Zusätzlich werden die USA zwei AC-47 Kampfflugzeuge und vier C-130 Truppentransportflugzeuge für die kolumbianische Armee kaufen. 2005 sollen es weitere 110 Millionen Dollar sein, die aber noch vom Kongress genehmigt werden müssen. Auch wollen die USA in Kolumbien eine neue Militärschule errichten, um dort die Ausbildung durchzuführen, für die kolumbianische Militärs bisher noch in die USA reisen. Dafür wäre aber eine weitere Erhöhung der US-Truppenpräsenz notwendig.

Die USA schlittern immer tiefer in den Kolumbien-Krieg. US-Bürger und PMC-Mitarbeiter anderer Nationalitäten sind aktiv, systematisch und strukturell in den Krieg eingebunden. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis die ersten US-Soldaten in bewaffnete Auseinandersetzungen mit der Guerilla geraten. Das wird als Vorwand für ein direkteres Engagement der US-Truppen in Kolumbien dienen. Angesichts der für die USA unvorteilhaften politischen Entwicklung in der Region – Chávez in Venezuela, Lula in Brasilien, Kirchner in Argentinien und eine starke Bewegung in Bolivien – kommt das ihren Interesse unmittelbar entgegen und belegt darin noch einmal den Zusammenhang der peripheren Gewaltökonomien mit dem mainstream kapitalistischer Globalisierung.

*Dario Azzellini ist Politikwissenschaftler, Autor und Dokumentarfilmer und arbeitet und lebt zwischen Berlin und Lateinamerika. Mit Boris Kanzleiter Herausgeber von 'Das Unternehmen Krieg. Paramilitärs, Warlords und Privatarmeen als Akteure der Neuen Kriegsordnung', Berlin 2003.*

44) Mcdermott, Jeremy: U.S. crews involved in Colombian battle, in The Scotsman 23.2.2001

45) Adams, David; De La Garza, Paul: Military aid from the private sector, in: St. Petersburg Times, 3.12.2000.



Anne Jung

## Ein Alptraum im Wachzustand

### Zur Transformation afrikanischer Bürgerkriege

Die folgenden Ausführungen stellen exemplarisch die historischen Ursachen sowie die sozialen und ökonomischen Folgen bewaffneter Gewalt in Afrika dar und beschreiben die Funktionsweisen eines globalen Netzwerkes, das zur Herausbildung einer stabilen Gewaltökonomie beigetragen hat.

#### Koloniales Erbe

---

Das koloniale Erbe ist zur Analyse der Konflikte von zentraler Bedeutung. Kolonialismus und Sklavenhandel sind über Afrika förmlich hereingebrochen, die Kolonialherrschaft endete z.T. erst vor wenigen Jahrzehnten, in Angola und Mosambik erst 1974.

Nach ihrem Ende hat sich in den meisten afrikanischen Ländern keine souveräne Staatlichkeit herausbilden können, unter alten Abhängigkeiten machten die einheimischen Eliten nach der Unabhängigkeit meist da weiter, wo die Kolonialherren aufgehört hatten, übernahmen deren Positionen und Privilegien. Wirtschaftlich sind diese Länder meist vom Export eines Exportgutes abhängig, hoch verschuldet und damit erpressbar, zumal die Subsistenzwirtschaft während der Kolonialherrschaft und erst recht mit der Einbindung in den Weltmarkt stark geschwächt, wenn nicht gar zerstört wurde. Afrika hält fünfzig Prozent des Weltmarktanteils im Diamantenhandel und zehn Prozent des Ölhandels. Insgesamt liegt der afrikanische Anteil am Welthandel jedoch unter einem Prozent.

Viele der postkolonialen Kriege Afrikas standen im Zeichen des Ost-West-Konfliktes. Mit der Unterstützung der einen oder anderen Seite konnten verfeindeten Kriegsparteien ihre Waffenkäufe finanzieren und ihre Macht sichern. Während des Kalten Krieges standen neben wirtschaftlichen Interessen politische Divergenzen noch im Vordergrund der Konflikte. Nach 1989 verloren große Teile Afrikas ihre geostrategische Bedeutung. Beide Großmächte reduzierten ihre finanzielle Unterstützung oder froren sie ein. Damit brach die finanzielle Basis vieler Kriegsparteien zusammen. Die Einstellung der Zahlungen seitens der Großmächte begünstigte in Ländern mit geringen Rohstoffvorkommen wie z.B. Mosambik das Ende von Kriegen – die Kriegsparteien waren schlichtweg pleite. Hingegen wurden bewaffnete Konflikte in rohstoffreichen Ländern als Verteilungskämpfe weitergeführt und dauern, oftmals ethnifiziert und religiös aufgeladen z.T. bis heute an.

In den 90er Jahren wurde die Kontrolle der lokalen Ressourcen und des Bodens in vielen Fällen zur eigentlichen Kriegsursache. Der Konflikt schuf eine "win-win-Situation" für die bewaffneten Gruppen, es bildeten sich vermehrt dezentral und auf eigene Rechnung operierende Kampfverbände, die aktive Teilnahme am Gewaltmarkt wurde für wachsende Teile der Bevölkerung zur einzigen Verdienstmöglichkeit. Die Folge: Rivalen und Feinde wurden und werden – wenn es dem Geschäft dienlich ist – zu Geschäftspartnern. Wichtige Voraussetzung zur Herausbildung und Verstetigung stabiler Gewaltökonomie waren und sind der Zugriff auf wirtschaftlich verwertbare Ressourcen, eine enge Kooperation mit internationalen Konzernen und natürlich Zugänge zu den globalen Märkten. Ökonomische Vorteile der Gewalt ließen sich durch Raub und Plünderung über Schutzgelderpressung, illegalem und legalem Export von Rohstoffen, Drogenhandel, Menschen- und Waffenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsabgaben bis zur Aneignung von Hilfsgütern erzielen. Das stabile Netzwerk der Akteure und eine Kombination mehrerer solcher Einkommensquellen verhindert, dass gewaltförmige Konflikte in die wirtschaftliche Erschöpfung einer Seite münden.

#### Neoliberal gewendeter Neokolonialismus

---

Mit dieser Entwicklung ging eine komplexe Neuorganisation politischer Ordnungssysteme einher, in der die Interessen der lokalen Eliten, der Warlords und Militärs mit denen der Nachbarstaaten und internationalen Akteure wie Konzernen, privaten Sicherheitsunternehmen und Entwicklungshilfeorganisationen ausbalanciert wurden: Afrikanische Konflikte finden heute im Kontext des postfordistisch transformierten Kapitalismus statt. Mit dem Ende der Blockkonfrontation werden zwar alle Länder in einem politisch-ökonomischen Raum integriert, der Einschluss wird jedoch nach einer Dynamik der Verelendung organisiert, in der wachsende Gebiete sozialer Verwüstung die schrumpfende florierenden Zonen umschließen. Wurde in den 1970er Jahren noch an der Idee der "nachholenden Entwicklung" festgehalten, geht es heute oft nur noch um die Verwaltung des Elends: Während Wirtschaftsstrategen den Kontinent in "nützliche" und "wertlose" Zonen unterteilen, ersetzen die westlichen Regierungen Entwicklungspolitik zunehmend durch Sicherheitspolitik. Eine zentrale Rolle kommt hier den supranationalen Institutionen wie WTO oder IWF zu, die zur Stabilisierung dieser Strukturen beitragen und

primär die Liberalisierung des Handels betreiben. Tatsächlich führt der Einschluss in das postfordistische Weltsystem zum systematischen Ausschluss einer Millionen zählenden und täglich wachsenden "Überschussbevölkerung" aus jeder Entwicklungsperspektive: Millionen Bewohner und Bewohnerinnen in Afrika sind als künftige Konsumenten, erst recht als Produzenten gar nicht mehr vorgesehen, ihre Arbeitskraft wird zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems kaum mehr benötigt. Die wenigen arbeitskraftintensiven Produktionsstätten wie Diamantenminen sind extremer Ausbeutung unterworfen, fast sklavenartig organisiert, sowohl unter Kriegsbedingungen als auch nach dem Krieg.

Seit dem 11. September 2001 ändert sich der europäische Blick auf Afrika. Die neue EU-Verfassung zielt auf die Militarisierung der europäischen Außenpolitik und will mit weltweiten Militäreinsätzen im innerimperialistischen Konkurrenzkampf punkten. Dabei setzen die EU-Staaten immer deutlicher auf eine "liberale" Form des Imperialismus, der durch "humanitäre Interventionen" den drohenden Kontrollverlust über die Zusammenbruchregionen verhindern und dabei "Protektorate" einrichten soll, unter deren Regime die Elendsbevölkerungen im eigenen Land sistiert, wo möglich auch der Verwertung zugeführt werden können. Im Vordergrund stehen dabei allerdings eindeutig die Sicherheitsinteressen der Metropolen. So heißt es in einem Grundsatzpapier der grünen "Entwicklungs"-Politikerin Uschi Eid und des GTZ-Mitarbeiters Helmut Asche: "Viele Länder Afrikas sind in internationale Netzwerke des Drogen- und Waffenhandels, des Diamantenschmuggels, der Schlepperbanden von Flüchtlingen sowie womöglich der Terrorunterstützung eingebunden. Diese Netzwerke können nur wirksam bekämpft werden, wenn der Westen sich künftig weit stärker für Frieden, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Prosperität einsetzt." (epd-Entwicklungspolitik 22/2003).

Ausgeblendet wird dabei, dass der globalisierte Kapitalismus funktionierende, mithin global konkurrenzfähige Volkswirtschaften außerhalb des Kreises der bereits "entwickelten" Staaten gar nicht mehr zulässt. Afrika dient dem transnationalen Kapital gerade noch als Rohstofflieferant, von vordringlichem Interesse sind dabei vor allem die afrikanischen Ölvorkommen, die sich zum größten Teil offshore, d.h. im Meer befinden. Das hat den Vorteil, dass Kosten für Sicherheitsunternehmen wegfallen, auch deshalb, weil auf den Bohrseln der afrikanischen Westküste von Nigeria bis Südafrika nur wenige Arbeitskräfte arbeiten, die meist aus dem Ausland eingeflogen werden. Erfreulich außerdem, dass die ölfreie Länder Afrikas bis auf Nigeria nicht Mitglied der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) sind und ihre Förderlizenzen oft zu Dumpingpreisen an die Ölkonzerne verkaufen. Weil dort die größten Erdölvorkommen Afrikas vermutet werden, wird den von gerade eben 500.000 EinwohnerInnen bewohnten kleinsten Ländern Afrikas, São Tomé und Äquatorialguinea, in den kommenden Jahren eine Schlüsselrolle zukommen. Der ökonomischen Logik folgend planen die USA deshalb, Äquatorialguinea von der Liste der Menschenrechte verletzenden Länder zu streichen – freilich ohne dass sich an der Politik des seit 1979 diktatorisch regierenden Präsidenten und Multimillionärs Teodore Obiang etwas geändert

hätte. Für alle Fälle aber wollen die USA im Land des Diktators nicht nur ein Konsulat, sondern auch einen Militärstützpunkt eröffnen: immerhin wurde die Hälfte der Konzessionen an Ölförderer aus dem direkten Umfeld von Präsident Bush vergeben. Die westafrikanischen Ölexporte sollen von heute 12 % bis 2015 auf 25 % des US-Importbedarfs steigen.

Produktive Re-Investitionen aber, die Arbeitsplätze und andere Exportmöglichkeiten schaffen würden, werden kaum vorgenommen, und wenn, dann nur unter garantierter Absenkung der ohnehin nicht weit entwickelten arbeitsrechtlichen Standards. So sieht der durch die Weltbank, die Organisation für Zusammenarbeit und wirtschaftliche Entwicklung (OECD) und die Welthandelsorganisation (WTO) durchgesetzte "Kodex für Investitionen und Arbeit" eine rücksichtslose "Modernisierung des Arbeitsrechts zur Sicherung einer größeren Flexibilität des Arbeitsmarktes mittels der Freiheit der Einstellung und Entlassung, der Flexibilisierung der Reglementierungen der Finanzen, der Zeitarbeit, der Arbeits- und Überstunden, der rechtlichen Festlegung des Mindestlohns und der Reform der Kollektivverträge" vor (Jean Nanga in Inprekorr 386/387, 2003). Abkommen dieser Art sollen Afrika in eine Freihandelszone verwandeln, die eine optimale Ausbeutung ermöglicht. Zu deren Profiteuren zählen neben Ölkonzernen und westlichen Regierungen allerdings auch die Eliten afrikanischer Exportländer. Große Teile der Erlöse aus Rohstoff, Drogenhandel oder Entwicklungshilfegeldern landen in den Taschen der afrikanischen Staatschefs und ihrer Klientel, der Rest wird in Armee, Polizei und Geheimdienst investiert.

### **Netzwerke extremer Ausbeutung: Kongo, Angola, Sierra Leone**

Dem Krieg im Kongo Jahre fielen in den 1990er Jahren mindestens zwei Millionen Menschen zum Opfer. Die verschiedenen Rebellengruppen und Warlords in den Provinzen kämpften, unterstützt von afrikanischen Nachbarländern und westlichen Konzernen, um die Vorherrschaft in dem an Bodenschätzen so reichen Dschungelstaat. Es ging um Gold, Diamanten, Erdöl, Edelhölzer und Coltan, ein Mineral, das inzwischen teurer gehandelt wird als Gold. Der Kongo-Krieg hat für alle Beteiligten nur ein Ziel: die Ausbeutung des Landes. Vor diesem Hintergrund erscheint der von Europa durchgeführte Militäreinsatz als Stellvertreterkrieg zwischen Europa und den USA und als Testlauf für die Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik (ESVP). Die europäischen Staaten wollen ihren Einfluss auf die afrikanische Politik stärken. Während des Kabila-Besuches in Deutschland verwies Bundeskanzler Schröder auf das deutsche Interesse an den "erheblichen Ressourcen" des Kongo und die Notwendigkeit, die "dunklen Löcher des Terrorismus" zu stopfen und Flüchtlingsströme zu verhindern (epd-Entwicklungspolitik 03-04). Allerdings wird die Kongo-Mission der EU hinsichtlich ihrer militärischen Wirkung höchst skeptisch beurteilt: 5.000 Soldaten wurden in ein Land geschickt, das etwa halb so groß ist wie Westeuropa, während Sierra Leone, wo zwischenzeitlich bis zu 20.000 Soldaten stationiert waren, die flächenmäßige Ausdehnung von Bayern hat.

Dauert der Krieg im Kongo an, ist der über 30 Jahre alte Konflikt in Angola erst einmal zuende. Geführt wurde dieser Krieg zuletzt zwischen der Regierung der Volksbewegung für die Befreiung Angolas (MPLA) und den Rebellen der Nationalunion für die volle Unabhängigkeit Angolas (UNITA), beides früher antikoniale Befreiungsbewegungen. Zum Abbruch der Kämpfe kam es anlässlich des Todes des UNITA-Chefs Jonas Savimbi im Jahr 2002. Die über Jahrzehnte stabile Kriegsökonomie hat es den militärischen Machthabern ermöglicht, ihre Pfründe für die Nachkriegszeit zu sichern: Angolas Präsident dos Santos zählt zu den reichsten Männern Afrikas und hat sich und seinen Kreisen Machtstrukturen geschaffen, die nach dem Ende des militärischen Konflikts fortbestehen. Führende Vertreter der UNITA wurden von der Regierungselite kooptiert, es wird vermutet, dass sie außer politischen Ämtern stillschweigend weitere Privilegien erhalten haben, die ihnen vor allem Erträge aus Diamantenminen der vormals von ihnen kontrollierten Gebiete sichern. Allerdings bleibt die neue Verteilung von Nutzungsrechten im Bereich der Schattenwirtschaft und in der ölreichen Region Cabinda wird weiter gekämpft.

Die sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen in der angolanischen Diamantenregion Lunda Norte offenbaren, dass und wie der militärische Frieden mit einem sozialen Krieg einhergeht. In dieser rohstoffreichen Region gibt es kaum Schulen, die Straßen sind zerfallen, die Krankenhäuser sind zerstört, Regierung und Konzerne profitieren voneinander.

Dauerte der Krieg in Angola über dreißig Jahre, wurde Sierra Leone elf Jahre lang von einem "Bürger"-Krieg verheert, der tiefe Narben in der Gesellschaft hinterlassen hat: zehntausende mussten flüchten, wurden vergewaltigt, verstümmelt, versklavt oder getötet. Finanziert wurde der Krieg zwischen der Rebellenorganisation Revolutionary United Front (RUF) und der sierra-leonischen Armee aus dem Diamantenhandel. Mehr als 5.000 Kinder waren aktiv an Kampfhandlungen beteiligt. Während des Krieges wurden 20.000 Menschen während Überfällen der RUF wie der Regierungsarmee die Hände abgehakt. Heute leben die Amputierten in Camps, abgeschottet von der restlichen Gesellschaft. Die medizinische Versorgung in den Camps ist häufig unzureichend, ein selbstorganisiertes Leben außerhalb bleibt vielen versagt.

Es gibt in Sierra Leone zwei Ansätze, um die Gräueltaten gesellschaftlich und juristisch in den Griff zu bekommen – und beide greifen zu kurz. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission (TRC) kam auf Druck der UN zustande und nahm im Juli 2002 ihre Arbeit auf. Nach südafrikanischem Vorbild ist es ihre Aufgabe, die Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkrieges zu dokumentieren, den Opfern ein Forum zu geben und die Täter sichtbar zu machen. Die Kommission ist finanziell schlecht ausgestattet, nur 3,5 Millionen US-Dollar wurden ihr zur Verfügung gestellt. Parallel zur TRC richtete die UN einen special court unter US-amerikanischem Vorsitz ein, vor dem sich 15 der wichtigsten Kriegsverbrecher zu verantworten haben. Für alle übrigen Täter wurde eine Generalamnestie beschlossen. Dennoch wird der Einsatz seitens der UN als politischer Erfolg bewertet – und tatsächlich ist allein das Ende der Kampfhandlungen für die Bevölkerung Sierra Leones von unermesslichem Wert. Die Konditionen des Friedens werden je-

doch weitgehend von außen bestimmt. Ausgeblendet wird in der öffentlichen Debatte die Frage nach den Ursachen des Krieges. An den ökonomischen Bedingungen hat sich mit Ende des Krieges wenig verändert: Sierra Leone ist laut Index des UNDP das ärmste Land der Welt. Auch hier sind die Arbeitsbedingungen der ca. 4.000 Arbeiter und -arbeiterinnen in den Diamantenminen – darunter mehrere Hundert Kinder – sklavenähnlich. Weder auf nationaler Ebene noch international besteht Interesse daran, den Reichtum des Landes gerechter zu verteilen: der Großteil des erwirtschafteten Reichtums verlässt das Land gen Europa. Ohne eine nachhaltige Veränderung der Eigentums- und Einkommensverhältnisse gibt es wenig Perspektiven für die Demokratisierung des Landes – auch darin besteht der Unterschied zwischen Befriedung und Frieden. Bis dahin wird die postkoloniale Abhängigkeit fortgeschrieben und stabilisiert damit eine Weltordnung, die auf Spaltung und Ungleichheit gründet.

**Anne Jung** ist Politikwissenschaftlerin, Mitarbeiterin von *medico international* und lebt in Frankfurt/M. Von ihr erschien u.a.: *Überleben in den Neuen Kriegen. Hilfsorganisationen im Dilemma*. In: J. Becker/S. Lanz, *Jenseits des Guten Regierens: Schattenglobalisierung, Gewaltkonflikte und städtisches Leben*. Berlin, 2003.